# Die bittere (COP der) Wahrheit

Klimakonferenz in Belém 2025 der Herausforderung nicht gewachsen

*Wolfgang Obergassel*
*Christof Arens*
*Christiane Beuermann*
*Victoria Brandemann*
*Carsten Elsner*
*Chris Höhne*
*Nicolas Kreibich*
*Hermann E. Ott*
*Juliane Schell*
*Max Schulze-Steinen*

Wuppertal Institut

Vom 11. November bis 22. November 2025 fand in Belém (Brasilien) die 30. Konferenz der Vertragsparteien zur Klimarahmenkonvention (kurz COP30) statt. Während der zweiwöchigen Konferenz beobachteten die Wissenschaftler*innen des Wuppertal Instituts die Verhandlungen und legen nun ihre Analyse der Konferenzergebnisse vor.

Das Wuppertal Institut veröffentlicht nach jeder COP seinen Analysebericht. Alle Berichte seit 2001 können heruntergeladen werden unter: https://wupperinst.org/themen/klima/cop

**Herausgeberin**
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal
wupperinst.org

**Autor*innen**
*Wuppertal Institut*
Wolfgang Obergassel
Christof Arens
Christiane Beuermann
Victoria Brandemann
Carsten Elsner
Chris Höhne
Nicolas Kreibich
Juliane Schell
Max Schulze-Steinen

*Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde*
Hermann E. Ott

**Kontakt**
Wolfgang Obergassel
Forschungsbereich Internationale Klimapolitik, Abteilung Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik, Wuppertal Institut, wolfgang.obergassel@wupperinst.org, Tel. +49 202 2492-149

**Bildnachweis Titelseite**
Erste Reihe, von linsk nach rechts: Photos by IISD/ENB | Mike Muzurakis; UN Climate Change / Worth /Flickr / CC BY-NC-SA 4.0; IISD/ENB | Mike Muzurakis; IISD/ENB | Mike Muzurakis.
Zweite Reihe, von links nach Rechts: Photos by UN Climate Change / Worth / Flickr / CC BY-NC-SA 4.0; UN Climate Change / Herculano / Flickr / CC BY-NC-SA 4.0; IISD/ENB | Mike Muzurakis; IISD/ENB | Mike Muzurakis.

**Stand**
Dezember 2025

Dieses Werk steht unter der Lizenz „Creative Commons Attribution 4.0 International“ (CC BY 4.0).
Der Lizenztext ist abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

## Inhaltsverzeichnis

**Key messages** **4**
**1 Einführung** **7**
**2 Emissionsminderung** **9**
Aufgreifen der Ergebnisse des Global Stocktake 9
Action Agenda 11
Der Einfluss internationaler Gerichte auf die Verhandlungen 12
**3 Keine “Wald-COP“** **13**
**4 Finanzen und Handel** **15**
Finanzen 15
Handel 17
**5 Gerechte Transition** **19**
**6 Marktbasierte Kooperation gemäß Artikel 6** **21**
Kooperative Ansätze gemäß Artikel 6.2 21
Der Paris Agreement Crediting Mechanism unter Artikel 6.4 22
**7 Anpassung** **24**
**8 Verluste und Schäden** **27**
**9 Belém Gender Action Plan** **27**
**10 Schlussfolgerungen und Ausblick** **29**
**Quellenverzeichnis** **33**

## Key messages

- Der brasilianische Präsident Lula da Silva bezeichnete die Klimakonferenz in Belém als „COP der Wahrheit“ mit dem Ziel, den Desinformationskampagnen von Obstruktionisten und Klimaleugnern zu begegnen, was zu einer lobenswerten neuen Initiative zur Informationsintegrität führte. Die bittere Wahrheit ist jedoch auch, dass die Ergebnisse der COP in Belém äußerst enttäuschend waren und nicht im Einklang mit dem Ziel stehen, die globale Erwärmung auf 1,5 °C oder zumindest 2 °C zu begrenzen.
- Wie schon in Baku gelang es auch bei dieser Konferenz nicht, auf den Ergebnissen der ersten globalen Bestandsaufnahme (Global Stocktake, GST) zum Klimaschutz aufzubauen. Obwohl Brasiliens Präsident Lula die Konferenz mit der Forderung eröffnet hatte, Fahrpläne für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und die Beendigung der Entwaldung zu entwickeln, gelang es am Ende nicht einmal, die Ergebnisse der GST ausdrücklich zu bekräftigen. Positiv zu vermerken ist, dass mehr als 80 Länder die Entwicklung eines Fahrplans für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen gefordert haben und die Diskussionen nun auf einer speziellen Konferenz fortsetzen werden, die 2026 in Kolumbien in Zusammenarbeit mit den Niederlanden organisiert wird.
- Entgegen den erklärten Absichten Brasiliens war die COP im Amazonasgebiet keine „Wald-COP“ und damit eine verpasste Gelegenheit, die Integration von Klima- und Biodiversitätsfragen innerhalb der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) voranzutreiben. Am Rande der offiziellen Verhandlungen wurden jedoch zwei wichtige Ergebnisse erzielt: Brasilien lancierte die Tropical Forest Forever Facility (TFFF), einen neuartigen globalen Fonds mit einem geplanten Volumen von 125 Milliarden US-Dollar, der den Schutz bestehender Wälder belohnen soll. Außerdem wurde die Forest and Climate Leader's Pledge erneuert, die bis 2030 1,8 Milliarden US-Dollar für den Schutz von Regenwaldgebieten für indigene Völker, lokale Gemeinschaften und Menschen afrikanischer Herkunft bereitstellen will.
- Historisch gesehen war die Action Agenda seit der COP20 (Lima) ein wichtiger Ort für Initiativen und freiwillige Maßnahmen. Allerdings fehlte ein übergreifender Rahmen, was zu einer unorganisierten Landschaft von Initiativen mit sich manchmal überschneidenden Zielen, ungenutzten Synergien und unklaren Folgemaßnahmen führte. Die brasilianische Präsidentschaft erklärte die COP30 zur „COP der Umsetzung“ und versuchte, dieses Problem anzugehen, indem sie der Action Agenda einen Rahmen gab, der entsprechend den GST-Ergebnissen strukturiert ist.
- Entgegen aller Erwartungen spielten die drei Gutachten des Internationalen Seegerichtshofs (ITLOS), des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IACtHR) und des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) auf der COP30 keine wesentliche Rolle. Obwohl die Gerichte mit größter Deutlichkeit formuliert hatten, dass die Pflicht zur Bekämpfung des Klimawandels tief in den Verträgen und dem Völkergewohnheitsrecht

verwurzelt ist, waren die Versuche der gefährdeten Länder nicht erfolgreich, entsprechende Verweise in die Beschlüsse aufzunehmen. Dies ist ein besorgniserregendes Zeichen der Missachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte.

- Das wichtigste Ergebnis der Finanzverhandlungen war die Aufsetzung eines zweijährigen Arbeitsprogramms zur Entwicklung von Lösungen für die Erfüllung der Ziele, die im "New Collective Quantified Goal" (NCQG) formuliert wurden, das auf der COP29 verabschiedet wurde. Viele Fragen bleiben jedoch ungelöst, und es bleibt die Herausforderung, die Industrieländer für ihren Anteil am 300-Milliarden-US-Dollar-Ziel bis 2035 in Zeiten knapper Haushaltsbudgets und klimapolitischer Gegenreaktionen an ihre Verantwortung zu erinnern.
- Angesichts der Kritik an einseitigen Handelsmaßnahmen wie dem "Carbon Border Adjustment Mechanism" der EU (CBAM) wurde der Handel zu einem zentralen Thema der COP30. In Zeiten des Niedergangs der Welthandelsorganisation (WTO) werden künftige COPs wahrscheinlich versuchen, die entstehende Lücke im Zusammenhang zwischen Klima, Handel und Gerechtigkeit auszufüllen. Es wurde vereinbart, einen dreijährigen Dialog zu diesem Thema einzurichten.
- Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen über einen gerechten Strukturwandel ("just transition") war die Entscheidung, innerhalb des nächsten Jahres einen „Just Transition Mechanism" zu entwickeln. Ziel dieses Mechanismus ist es, die internationale Zusammenarbeit, technische Hilfe, den Aufbau von Kapazitäten und den Wissenstransfer zu fördern, um „eine faire, inklusive und gerechte Transition zu ermöglichen". Mehrere Grundsätze einer gerechten Transition wurden bereits basierend auf den Dialogen der letzten Jahre anerkannt. Andere dringende Fragen im Zusammenhang mit einer gerechten Transition, die kritische Mineralien oder den Handel betreffen, sowie ambitioniertere Formulierungen zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen oder zu tiefgreifenden und raschen Emissionsreduktionen, wurden jedoch nicht berücksichtigt.
- Mit der Verabschiedung des Regelwerks zu Artikel 6 auf der COP29 in Baku waren für die COP30 in Belém keine substanziellen Verhandlungen über marktbasierte Zusammenarbeit vorgesehen. Die Diskussionen über das Thema erwiesen sich jedoch als kontroverser als erwartet, da die Vertragsstaaten unterschiedliche Ansichten darüber vertraten, wie einerseits die Transparenz und Umweltintegrität der freiwilligen Zusammenarbeit gewährleistet und andererseits die Attraktivität und breitere Anwendbarkeit der Instrumente erhöht werden können. Es war zwar nicht möglich, den derzeit schwachen Transparenz- und Berichterstattungsrahmen für Kooperative Ansätze gemäß Artikel 6.2 zu stärken. Zugleich konnten Versuche, die Governance-Entscheidungen des Aufsichtsgremiums des Paris Agreement Crediting Mechanims (PACM) negativ zu beeinflussen, abgewendet werden. Durch die Vereinbarung, Mittel aus dem Clean Development Mechanism (CDM) auf den PACM zu übertragen, stellten die

Vertragsstaaten auf der COP30 die weitergehende Funktionsfähigkeit des Mechanismus sicher. Die Staaten einigten sich ferner auf ein Enddatum für den CDM – seinen Vorgänger.

- Ein wichtiges Ergebnis der COP30 war der Abschluss der Baku Adaptation Roadmap mit der Verabschiedung von 59 Indikatoren zur Messung der Fortschritte im Rahmen des globalen Anpassungsziels und die Einrichtung eines zweijährigen Programms zur Entwicklung von Leitlinien für die Operationalisierung dieser Indikatoren.
- Die COP29 in Baku hatte kein Unterziel für die Anpassungsfinanzierung im Rahmen des NCQG verabschiedet. Die Forderung nach einem neuen Ziel für die Anpassungsfinanzierung, nämlich einer Verdreifachung der Mittel, dominierte daher alle Verhandlungen zum Thema Anpassung in Belém, da es keinen eigenen Raum auf der COP-Agenda dafür gab. Letztendlich einigten sich die Vertragsparteien auf einen appellativen Absatz, in dem zu Anstrengungen zur Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung bis 2035 aufgefordert wird.
- Der Fonds für die Bewältigung von Verlusten und Schäden ist voll funktionsfähig. Es wurden 250 Millionen US-Dollar für die erste Runde von Finanzierungsanträgen bereitgestellt. Die Überprüfung des Warschauer Internationalen Mechanismus wurde angenommen, ohne jedoch, wie von einigen Vertragsparteien gefordert, die beratende Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs zum Klimawandel zu berücksichtigen.
- Obwohl es den Vertragsparteien des Paris Abkommens auf der CO30 gelungen ist, den Belém Gender Action Plan zu verabschieden, wurde der Begriff ‘gender’ durch ultra-konservative und politisch rechtsstehende Parteien, wie dem Vatikan und Argentinien in Frage gestellt. Diese Beobachtung reiht sich ein in einen globalen Trend, Gender-spezifische Menschenrechte in Frage zu stellen und anzugreifen.

# 1 Einführung

Die Tür zur Begrenzung des globalen durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf 1,5 °C schließt sich schnell. Trotz erheblicher Fortschritte in einigen Bereichen, wie erneuerbare Energien und Elektrofahrzeugen, hat der jüngste Bericht zum globalen Kohlenstoffbudget ergeben, dass die weltweiten Kohlenstoffemissionen aus fossilen Brennstoffen weiterhin steigen und das Budget, um innerhalb von 1,5 °C zu bleiben, praktisch ausgeschöpft ist (Friedlingstein et al., 2025). Mehr als ein Drittel der Vertragsparteien des Pariser Abkommens hatten bis zum Beginn der Konferenz ihre neuen national festgelegten Beiträge (NDCs) noch nicht vorgelegt, und laut dem NDC-Synthesebericht des UNFCCC-Sekretariats (2025) würden die eingereichten Berichte die globalen Emissionen bis 2035 nur um 12 % unter das Niveau von 2019 senken – während laut IPCC eine Reduzierung um 60 % erforderlich ist.

Gleichzeitig nehmen die internationalen Spannungen rapide zu, und jede der letzten COPs fand vor dem Hintergrund einer weiteren zusätzlichen Krise statt. Die COP26 in Glasgow wurde aufgrund der Covid-Pandemie und der damit verbundenen sozioökonomischen Umwälzungen verschoben. Im Jahr der COP27 griff Russland die Ukraine an. Kurz vor der COP28 brach der Krieg in Gaza aus, und kurz vor der COP29 wurde Donald Trump erneut zum US-Präsidenten gewählt. Die COP30 fand nun vor dem Hintergrund des zweiten Rückzugs Trumps aus dem Pariser Abkommen und einer entschieden konfrontativen US-Handelspolitik statt, während auch die Europäische Union und China zunehmend Beschränkungen für den internationalen Handel verhängen. All dies geschah vor dem Hintergrund einer sich beschleunigenden Klimakrise, die bereits schwere Schäden an Ökosystemen und menschlichen Lebensgrundlagen verursacht hat. Hinzu kommen soziale Polarisierungstendenzen in vielen Ländern der Welt und die gezielte Verbreitung von Fehlinformationen, die eine ambitionierte Klimapolitik heute erheblich erschweren.

Vor diesem Hintergrund hatten progressive Akteure gehofft, dass die COP in Belém eine klare Botschaft senden könnte, dass eine erfolgreiche Klimapolitik nicht nur ein „Nice-to-have" ist, sondern tatsächlich vor einer weiteren Eskalation von Konflikten schützt. Ein zentrales Thema im Vorfeld der COP30 war die weit verbreitete Erwartung, dass es sich um die erste echte „Implementierungs-COP" handeln würde. Im Gegensatz zu früheren Treffen, die weitgehend von politischen Verhandlungen geprägt waren, sollte sich die COP30 auf die praktische Umsetzung bestehender Verpflichtungen konzentrieren. Eine Frage war insbesondere, ob die Konferenz an die Ergebnisse der ersten globalen Bestandsaufnahme im Rahmen des Pariser Abkommens anknüpfen könnte, die auf der COP28 in Dubai mit der Forderung abgeschlossen worden war, bis 2050 den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu vollziehen, bis 2030 die Entwaldung und Waldschädigung zu stoppen und umzukehren, die weltweit installierte Kapazität für erneuerbare Energien zu verdreifachen und den globalen Fortschritt der Energieeffizienz zu verdoppeln. Diese Entscheidung war ein Meilenstein gewesen. Nachdem 30 Jahre lang nur abstrakt über Emissionsziele zur Eindämmung des Klimawandels diskutiert worden war, hatte die Entscheidung von Dubai den Fokus erweitert und direkt auf die Aktivitäten abgezielt, die Treibhausgasemissionen verursachen (Obergassel et al., 2023; Obergassel et al., 2024).

Auf der anschließenden COP29 in Baku hatten jedoch wesentliche Länder angeführt von Saudi-Arabien alle Versuche einer Weiterverfolgung erfolgreich blockiert. In

Bezug auf den Klimaschutz war daher die wichtigste Frage in Belém, ob die UNFCCC sich weiterhin auf die für die Erreichung der Klimaschutzziele des Pariser Abkommens erforderlichen Übergangsmaßnahmen konzentrieren könnte – oder ob sie gezwungen sein würde, sich wieder nur abstrakt mit der globalen Emissionslücke auseinanderzusetzen.

In Belém verliehen Brasiliens Präsident Lula da Silva und die Ministerin für Umwelt und Klimawandel, Marina Silva, dieser Diskussion neue Impulse. Bei der Eröffnung der Konferenz erklärte Lula da Silva: „[w]e need roadmaps that will enable humankind, in a fair and planned manner, to overcome its dependence on fossil fuels, halt and reverse deforestation, and mobilize resources to achieve these goals“ (Lula, 2025). Er kündigte außerdem an, dass die COP30 die „COP of truth“ sein werde, und verurteilte die von „obscurantists“ und Klimaleugnern verbreiteten Fehlinformationen (ebd.), was zu einer lobenswerten neuen Initiative zur Informationsintegrität führte.

Zu Beginn der Verhandlungen musste die brasilianische Präsidentschaft jedoch zunächst einen Streit um die Tagesordnung abwehren. Verschiedene Ländergruppen hatten die Aufnahme mehrerer neuer Tagesordnungspunkte gefordert. Die Präsidentschaft konnte einen Streit über die Tagesordnung vermeiden, indem sie ankündigte, dass Konsultationen der Präsidentschaft zu den vorgeschlagenen Tagesordnungspunkten stattfinden würden, wobei der Schwerpunkt auf vier Themen liegen sollte: Neben der Reaktion auf das geringe Ambitionsniveau der aktuellen NDCs waren dies die Transparenzberichte der Vertragsparteien im Rahmen des Pariser Abkommens, die Bereitstellung von Finanzmitteln durch die Industrieländer für die Entwicklungsländer gemäß Art. 9.1 des Pariser Abkommens und einseitige Handelsmaßnahmen.

Im Laufe der Verhandlungen sprachen sich die Vertragsparteien zunehmend dafür aus, diese Fragen in Form einer „Mutirão-Entscheidung“ anzugehen. Das Konzept eines globalen Mutirão wurde vom COP-Vorsitz eingeführt, um die internationale Gemeinschaft für Klimaschutzmaßnahmen zu mobilisieren. Es wurde zum zentralen Slogan der COP30. Der Begriff Mutirão stammt aus den indigenen Sprachen Tupi-Guarani und beschreibt kollektive, oft gemeinschaftsbasierte Maßnahmen zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels. Die Präsidentschaft führte dieses Konzept im Vorfeld der Konferenz ein, indem sie die internationale Gemeinschaft aufforderte, sich „unserem globalen ‚Mutirão‘ anzuschließen“, und vorschlug, den Mutirão-Geist gemeinsam in das Arbeitsprogramm zur Minderung und Umsetzung einzubringen (COP30 President Designate, 2025a, S. 3, S. 8).

Anstatt sich jedoch vom Mutirão-Geist inspirieren zu lassen, war die Konferenz erneut von heftigen Konflikten zwischen den Vertragsparteien geprägt. Die abschließende Mutirão-Entscheidung, die auf der Abschlusssitzung verabschiedet wurde, enthält Vereinbarungen zu allen vier Themen, bleibt jedoch weit hinter dem zurück, was zur Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens erforderlich ist. Insbesondere enthält der endgültige Text weder einen Verweis auf den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen noch eine Bestimmung zur Eindämmung und Umkehrung der Entwaldung, sondern nur unspezifische und freiwillige Initiativen wie den „Global Implementation Accelerator”, die „Belém Mission to 1.5” und Dialoge über den Handel (UNFCCC, 2025e). Die bittere Wahrheit dieser „COP der Wahrheit” ist also, dass die Klimakonferenz in Belém der Herausforderung nicht gewachsen war. Der

Widerstand der etablierten Interessen war erneut zu stark, um echte Fortschritte zu erzielen. Der grundlegende Mangel des UNFCCC-Regimes, nämlich die seit 1994 durch Saudi-Arabien blockierte Mehrheitsentscheidung und die daraus resultierende Notwendigkeit, Entscheidungen nur im Konsens zu treffen, hat erneut dazu beigetragen, dass das Pariser Abkommen nicht die erforderlichen Ergebnisse erzielen konnte.

Die folgenden Abschnitte beschreiben die Verhandlungsdynamik und die endgültigen Ergebnisse der einzelnen Themen des „Mutirão-Pakets“ sowie anderer Verhandlungspunkte im Zusammenhang mit Klimaschutz, Klimafinanzierung, gerechtem Übergang, marktbasierter Zusammenarbeit gemäß Artikel 6 des Pariser Abkommens, Anpassung, Verlusten und Schäden sowie dem Gender-Aktionsplan.

## 2 Emissionsminderung

*Aufgreifen der Ergebnisse des Global Stocktake*

Nach dem Erfolg der COP28 bei der Festlegung neuer Zielmarken für den Klimaschutz stellte sich in Belém die Frage, ob und inwieweit die COP30 auf diesen Ergebnissen aufbauen könnte, da erste Versuche, die GST-Ergebnisse weiterzuverfolgen, auf der COP29 in Baku blockiert worden waren (Obergassel et al., 2024). Es gab mehrere Möglichkeiten, wie der GST hätte weiterverfolgt werden können. Erstens wurde mit dem Beschluss von Dubai der „UAE dialogue on implementing the global stocktake outcomes” (UNFCCC, 2023, Abs. 97) ins Leben gerufen. Zweitens wurde in Dubai auch ein jährlicher Dialog darüber vereinbart, wie die Ergebnisse der GST in die NDCs einfließen (UNFCCC, 2023, Abs. 187). In Baku hatten insbesondere die arabische Gruppe und die gleichgesinnten Entwicklungsländer (LMDCs, darunter China, Indien, Saudi-Arabien und andere Länder aus Afrika, Asien und Lateinamerika) Fortschritte in diesen Fragen blockiert, sodass sie letztendlich auf weitere Diskussionen im Jahr 2025 verschoben werden mussten.

Die brasilianische Präsidentschaft hatte sich verpflichtet, eine Fortsetzung des GST in Belém sicherzustellen, und Präsident Lula da Silva hatte die Entwicklung eines Fahrplans für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen vorgeschlagen. Im Laufe der Konferenz wurde dieser Vorschlag von immer mehr Ländern aufgegriffen, zu einem Zeitpunkt waren es mehr als 80 (Parolin & Varin, 2025). Die Environmental Integrity Group forderte darüber hinaus allgemein die Entwicklung einer „NDC roadmap“, um die Ambitionslücke zu schließen. Gleichzeitig betonten die Entwicklungsländer generell die Notwendigkeit einer verstärkten Unterstützung, um den Ehrgeiz und die Umsetzung ihrer Ziele zu verbessern (siehe auch das Kapitel über Finanzen). Andere Staaten lehnten dies jedoch ab. Insbesondere die LMDCs, die arabische Gruppe und die afrikanische Gruppe sprachen sich gegen eine gezielte Adressierung bestimmter Sektoren, wie z. B. des Energiesektors, aus und lehnten auch Verweise auf sektorale Ansätze ab.

Am Freitag der zweiten Woche schien die Konferenz sogar kurz vor dem Scheitern zu stehen. Die brasilianische Präsidentschaft legte einen Entwurf der Mutirão-Entscheidung vor, der weder einen Verweis auf fossile Brennstoffe noch auf das GST-

Ergebnis im Allgemeinen enthielt. Daraufhin erklärten die EU und progressive lateinamerikanische Länder, dass sie dieses Ergebnis nicht akzeptieren würden.

Diese beiden Ländergruppen standen jedoch weitgehend allein da, da sie von ihren traditionellen Verbündeten, insbesondere der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) und den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs), kaum Unterstützung erhielten. Medienberichten zufolge war ein Hauptgrund dafür, dass die EU kein ausreichendes Angebot zur finanziellen Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen unterbreiten konnte (Civillini & Rowling, 2025). Ebenfalls laut Medienberichten wurde die Position der afrikanischen Gruppe in gewisser Weise von ihrem derzeitigen Vorsitzenden Tansania vereinnahmt, das Vereinbarungen mit Saudi-Arabien über die Ausbeutung seiner Gasreserven getroffen hat (Harvey, 2025). Darüber hinaus hatte die EU lange gebraucht, um sich intern auf ihre Position zu einigen, sodass sie erst gegen Ende der Konferenz eine starke Haltung einnehmen konnte. Schließlich hat sich die USA von einer pro- zu einer anti-Transition-Haltung gewandelt und war in Belém nicht einmal offiziell vertreten (Weise & Mathiesen, 2025).

Die EU und die lateinamerikanischen Länder mussten sich daher letztendlich mit geringfügigen Anpassungen des Entscheidungsentwurfs zufrieden geben. Anstatt ausdrücklich auf die in Dubai vereinbarten „global efforts" Bezug zu nehmen, verweist die Mutirão-Entscheidung nun nur noch auf den Namen der Dubai-Entscheidung, den "UAE Consensus", und damit nur noch indirekt auf das Dubai-Energiepaket. Anstelle von Fahrplänen für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und die Bekämpfung der Entwaldung einigte sich die COP darauf, einen freiwilligen „Global Implementation Accelerator" unter der Verantwortung der Präsidentschaften der COP30 und 31 (UNFCCC, 2025e, Abs. 41) und eine „Belém Mission to 1.5" unter der Verantwortung der Präsidentschaften der COP29 bis 31 ( ebd., Abs. 42) einzurichten – allerdings gibt es keine Details dazu, was diese leisten sollen.

Die Fortschritte bei den Tagesordnungspunkten zum jährlichen Dialog darüber, wie der GST die NDCs beeinflusst, und zum oben erwähnten „UAE dialogue on implementing the Global Stocktake outcomes" wurden ebenfalls von den LMDCs, der Afrikanischen Gruppe und der Arabischen Gruppe blockiert. Beim erstgenannten Dialog sprachen sich diese Gruppen wie bereits in Baku erneut dagegen aus, substanzielle Schlussfolgerungen in die Konferenzentscheidung aufzunehmen. Beim zweiten Dialog behielten diese Gruppen wie bereits in Baku ihre Position bei, dass der Dialog auf Finanzfragen beschränkt sein sollte, da er im Finanzteil der GST-Entscheidung festgelegt wurde (IISD, 2025h). Anders als in Baku gelang es den Vertragsparteien letztendlich, sich auf eine Entscheidung zu einigen. Die Konferenz beschloss, dass der "UAE-Dialog" den Austausch von Erfahrungen und Informationen über Chancen, Herausforderungen, Hindernisse und Bedürfnisse erleichtern soll, wobei der Schwerpunkt auf der Bereitstellung von Finanzmitteln, dem Kapazitätsaufbau und der Technologieentwicklung und -transfer sowie der verstärkten internationalen Zusammenarbeit als wichtige Faktoren für die Umsetzung der GST-Ergebnisse liegt. Damit soll der Dialog einen Schwerpunkt auf die Bereitstellung von Unterstützung legen, ist jedoch nicht unbedingt auf diesen Aspekt beschränkt. Der Dialog wird in Verbindung mit den SB-Sitzungen in den Jahren 2026 und 2027 stattfinden und danach abgeschlossen werden. Was den

Dialog darüber betrifft, wie die Ergebnisse des GST in die NDCs einfließen, war es nicht möglich, substanzielle Botschaften in die Entscheidung der Konferenz aufzunehmen (UNFCCC, 2025f).

Um die ehrgeizigeren Länder zu beschwichtigen, kündigte Brasilien an, dass es nun unter eigener Verantwortung Fahrpläne für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und die Beendigung der Entwaldung entwickeln werde. Kolumbien hat angekündigt, den Prozess zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen durch die Organisation einer internationalen Konferenz zusammen mit den Niederlanden zu unterstützen.

*Action Agenda*

Angesichts des (zu langsamen) Tempos der internationalen Klimaverhandlungen hat sich der UNFCCC-Prozess zunehmend darum bemüht, die Bemühungen subnationaler und nichtstaatlicher Akteure zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimavertrages zu fördern. Konkret wurde 2014, auf der COP20 in Lima, die sogenannte Action Agenda verabschiedet. Hier werden verschiedene Akteure wie subnationale Organe, Unternehmen und die Zivilgesellschaft dazu ermutigt, sich an Aktivitäten zu beteiligen, die zur Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens beitragen.

Seit der COP20 ist die Action Agenda ein wichtiger Bestandteil der COPs und freiwilliger Klimaschutzmaßnahmen - doch bisher ohne einen übergreifenden Rahmen. Da die COPs von Staaten und anderen Organisationen als Bühne genutzt werden, um Initiativen, Engagements und Innovationen zu verkünden, trugen die angekündigten Maßnahmen oft zu einer unorganisierten Landschaft von Initiativen bei, in der die Gefahr bestand, dass die verschiedenen Aktionen ähnliche (oder sogar gleiche) Ziele verfolgten. Auch potenzielle Synergien blieben oft ungenutzt.

Da die COP30 zur „COP der Umsetzung" erklärt wurde (COP30 Brasil, 2025b), wollte die brasilianische Präsidentschaft diese unorganisierte Landschaft der Action Agenda aufräumen. Vor der COP, im Juli 2025, skizzierte der Präsident der COP30, Correa Do Lago, in seinem vierten Brief, wie die Action Agenda der COP30 (auch als „COP30 Global Climate Action Agenda, GCAA" bezeichnet (High-Level Champions for Climate Action, 2025a, S. 4)) drei Ziele verfolgen sollte: 1) „die Action Agenda mit dem in Einklang zu bringen, was bereits auf früheren COPs vereinbart wurde", 2) „bestehende Initiativen zu unterstützen, um ihre Wirkung zu beschleunigen und zu intensivieren" und 3) „die Transparenz und Rechenschaftspflicht neuer und alter Initiativen zu verbessern" (COP30 President Designate, 2025b, S. 2). Die COP30-Präsidentschaft versteht die GCAA als Teil ihrer Mutirão-Erzählung, in der „Wirtschaft, Zivilgesellschaft und alle Regierungsebenen in koordinierter Aktion" sich an einem „globalen Mutirão zur Erreichung der GST als ‚global festgelegten Beitrag'" beteiligen (COP30 President Designate, 2025b, S. 3).

Um dies in die Praxis umzusetzen, hat die Präsidentschaft einen neuen Rahmen für die Action Agenda eingeführt: Basierend auf den Ergebnissen des GST umfasst der Rahmen sechs thematische Achsen mit insgesamt 30 Schlüsselfeldern – darunter auch kontroverse Themen wie „(t)ransitioning away from fossil fuels" (Abkehr von fossilen Brennstoffen) und „(c)limate and sustainable finance, mainstreaming climate in investments and insurance" (Klima und nachhaltige Finanzen,

Einbeziehung des Klimaschutzes in Investitionen und Versicherungen) (COP30 Brasil, 2025a). Damit soll die GCAA auch ein „sicherer Raum für die Diskussion kontroverser Themen und für die Suche nach Wegen zur Überwindung von Hindernissen in den Verhandlungen" sein, wie CarbonBrief Mauricio Voivodic, Geschäftsführer von WWF-Brasil, zitiert (CarbonBrief, 2025).

Die thematischen Achsen sind 1) Energiewende, Industrie und Verkehr, 2) Schutz von Wäldern, Ozeanen und Biodiversität, 3) Transformation der Landwirtschaft und der Ernährungssysteme, 4) Stärkung der Resilienz von Städten, Infrastruktur und Wasser, 5) Förderung der menschlichen und sozialen Entwicklung sowie eine übergreifende Achse zur Mobilisierung von Enablern und Beschleunigern, einschließlich Finanzierung, Technologie und Kapazitätsaufbau (COP30 President Designate, 2025b, S. 3). Jede Achse ist mit dem entsprechenden Absatz der GST-Entscheidung verknüpft.

Darüber hinaus hat jedes der 30 Schlüsselfeldern eine spezielle "Aktivierungsgruppe", die wiederum von einem eigenen Sekretariat koordiniert wird. Die Sekretariate überwachen auch den Fortschritt der Aktivitäten mit der jeweiligen Aktivierungsgruppe und gewährleisten die Kontinuität nach der COP30. Während der COP30 hatten die Aktivierungsgruppen geschlossene Sitzungen geplant, die in das Action Agenda-Programm eingebettet waren und in sechs Aktionsräumen stattfanden - jeweils einem Raum für jede Achse. Dieser spezielle Raum war eine Neuheit auf der Konferenz und unterstreicht die Bedeutung, die die COP30-Präsidentschaft diesem Thema beimaß.

Die Teilnahme an den Aktivierungsgruppen ist freiwillig. Vor der Konferenz wandte sich die Präsidentschaft an bestehende staatliche und nichtstaatliche Initiativen und lud sie ein, sich einer jeweiligen thematisch entsprechenden Gruppe anzuschließen. Bis zum Ende der COP30 beteiligten sich 482 Initiativen an den Aktivierungsgruppen (High-Level Champions for Climate Action, 2025, S. 4).

In der abschließenden Plenarsitzung hob Correa Do Lago den Ergebnisbericht hervor und verwies auf die Fünfjahresvision für die GCAA, um weiterhin Initiativen im Rahmen des neu vorgeschlagenen Rahmens zu organisieren (High-Level Champions for Climate Action, 2025b). Bei der COP31 wird die Türkei für die Action Agenda verantwortlich sein.

*Der Einfluss internationaler Gerichte auf die Verhandlungen*

Während die internationale Klimadiplomatie in den letzten Jahren nur langsam vorankam, gab es anderswo Fortschritte – vor den internationalen Gerichten. Drei Gutachten aus den letzten zwei Jahren geben Aufschluss über den Stand des Rechts in Bezug auf die Klimakrise: Der Internationale Seegerichtshof (International Tribunal on the Law of the Sea, ITLOS, 2024), der Inter-American Court of Human Rights (IACtHR, 2025) und der Internationale Gerichtshof (International Court of Justice. ICJ, 2025) haben detaillierte Darstellungen der Pflichten der Staaten gemäß verschiedenen internationalen Verträgen und dem Völkergewohnheitsrecht vorgelegt.

Insbesondere das Gutachten des ICJ, des „Weltgerichtshofs", hat großes Gewicht. Er wurde von der UN-Generalversammlung gebeten, alle verfügbaren Rechtsquellen zu

prüfen und nicht nur den Stand des Rechts, sondern auch die sich daraus ergebenden Pflichten der Staaten zu bestimmen. Dies tat er mit großer Klarheit. Der Gerichtshof bekräftigte, dass jeder Mensch ein Recht auf Leben, Gesundheit und Nahrung hat, dass die globale Erwärmung diese Rechte bedroht und dass alle Staaten nach dem Völkerrecht verpflichtet sind, die Klimakrise zu mindern. Diese Pflichten ergeben sich nicht nur aus internationalen Verträgen, sondern auch aus dem Völkergewohnheitsrecht, also unabhängig davon, ob ein Staat Vertragspartei eines Klimaabkommens ist oder nicht.

Es wurde allgemein erwartet, dass diese Rechtsgutachten einen deutlichen Einfluss auf die diplomatischen Verhandlungen haben würden. Aufgrund einer sehr wirksamen Blockade durch eine Reihe von Ländern hatten diese Gutachten jedoch keinen großen Einfluss. Vanuatu, das die UNGA-Resolution für den ICJ initiiert hatte, und andere kleine Inselstaaten versuchten wiederholt, Verweise auf diese Entscheidungen in die Texte aufzunehmen. Dies wurde jedoch von Saudi-Arabien und anderen Mitgliedern der Arabischen Gruppe sowie von Mitgliedern der LMDC abgelehnt. Auch die EU unterstützte Verweise auf die Gerichtsverhandlungen nicht nachdrücklich wegen ihrer eigenen unzureichenden Klimapolitik.

Dies ist ein besorgniserregendes Zeichen der Missachtung des Völkerrechts. Es wird viele Menschen und Nationen frustrieren, die große Hoffnungen in diese höchstrichterlichen Äußerungen gesetzt hatten. Diese Gutachten sind natürlich nicht bindend, haben aber erhebliches rechtliches Gewicht, insbesondere wenn man alle drei zusammen betrachtet. Kleine Inselstaaten werden sich nun erneut an die Gerichte wenden und versuchen, verbindliche Entscheidungen gegen große Verschmutzerstaaten wegen Verstößen gegen die in den Gutachen formulierten Rechtsnormen zum Schutz von Einzelpersonen und Staaten nach dem Völkerrecht zu erwirken.

## 3 Keine “Wald-COP“

Es war eine bewusste Entscheidung des brasilianischen Präsidenten Lula gewesen, die COP30 im Amazonas-Regenwald abzuhalten. Von manchen als „Regenwald-COP” bezeichnet, war es die erste Klimakonferenz, die Themen rund um Klima und Natur systematisch zusammenführen sollte. Dies geschah jedoch nicht, zumindest nicht auf diplomatischer Ebene. Wie oben erwähnt, fand die von Präsident Lula zu Beginn der Konferenz und während seines Besuchs in der zweiten Woche geforderte „Deforestation Roadmap“ nicht genügend Unterstützung und wurde schließlich aus dem Entwurf der „Mutirão“-Entscheidung gestrichen.

Waldthemen wurden in den globalen Klimaverhandlungen lange Zeit als zweitrangig betrachtet, obwohl der Schutz der Wälder einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte. Oder, um das Argument umzukehren: Die Welt wird keine Netto-Null-Emissionen erreichen, wenn die Entwaldung nicht vollständig gestoppt wird. Dies wurde in den vielen Nebenveranstaltungen in Belém und von Hunderten von Vertretern indigener Völker bekräftigt, die ihre tiefe Besorgnis zum Ausdruck brachten. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft hat daher eine Annäherung zwischen den Communities von Klima-, Wald- und Naturschutz stattgefunden. Dies lässt hoffen, dass die Zivilgesellschaft nach dieser COP nicht wieder in zwei Lager

zerfällt und dass sie ihre Kräfte bündeln wird, um die Vernichtung der Wälder als wichtigen Teil der Bekämpfung der Klimakrise anzugehen.

In Belém gab es jedoch zwei diplomatische Entwicklungen, die außerhalb der formellen Verhandlungen stattfanden und das Potenzial haben, den Waldschutz auf institutioneller und finanzieller Ebene erheblich zu unterstützen: die Einführung der Tropical Forest Forever Facility (TFFF) und die Erneuerung des Forest and Climate Leader's Pledge (FCLP).

Die Idee eines Fonds zum Schutz bestehender Regenwälder gibt es bereits seit einigen Jahren, und auf der COP28 in Dubai kündigte Präsident Lula an, dass Brasilien die Einrichtung eines neuen Instruments zu diesem Zweck vorantreiben werde. Auf dem High Level Segment wenige Tage vor der COP30 wurde der TFFF offiziell ins Leben gerufen. Der TFFF wird ein „Blended-Finance"- Fonds sein, dessen Anfangsinvestitionen durch die Staaten eine vierfache Summe durch Investitionen privater Investoren "hebeln" sollen (TFFF, 2025). Die erwarteten 125 Milliarden US-Dollar würden hauptsächlich in Anleihen von Entwicklungsländern investiert, wobei die Erträge teilweise an die Investoren und teilweise an die Tropenwaldländer (TFCs) fließen würden. Insgesamt sollen bei voller Operationalisierung jährlich rund 4 Milliarden US-Dollar an die TFCs ausgezahlt werden, sofern diese ihre Entwaldungsrate unter einem bestimmten Schwellenwert halten. Der Fonds nutzt also die globalen Finanzmärkte, aber nicht die sogenannten Kohlenstoffmärkte. Zwanzig Prozent der 4 Milliarden US-Dollar sollen an indigene Völker und lokale Gemeinschaften fließen – vorzugsweise unabhängig von nationalen Regierungen („direct access").

Während der COP30 erhielt der TFFF Zusagen in Höhe von insgesamt rund 6,6 Milliarden US-Dollar, davon 5,5 Milliarden US-Dollar von Brasilien, Indonesien, Norwegen, Portugal, Frankreich und den Niederlanden sowie später 1 Milliarde Euro (rund 1,1 Milliarden US-Dollar) von Deutschland. Er wurde von 34 Tropenwaldländern unterstützt, die mehr als 90 Prozent dieser Wälder repräsentieren. Brasilien rechnet damit, dass die Anfangsinvestitionen bis Mitte nächsten Jahres, wenn der Betrieb aufgenommen werden soll, etwa 10 Milliarden US-Dollar erreichen werden.

Trotz einiger Kritik (Global Forest Coalition, 2025) hat der TFFF das Potenzial, erhebliche internationale Finanzmittel für den Waldbereich bereitzustellen. Zum ersten Mal erhalten bestehende Wälder Schutz durch finanzielle Entschädigungen, wenn sie nicht durch Abholzung, Bergbau oder landwirtschaftliche Aktivitäten zerstört werden. Damit schließt der Fonds eine wichtige Lücke und könnte ein Gegengewicht zu wirtschaftlichen Anreizen für die Ausbeutung dieser Ressourcen bilden. Allerdings bleiben die ersten Zusagen der Staaten für den Fonds hinter den erwarteten 25 Milliarden US-Dollar zurück, und es bleibt abzuwarten, ob er dennoch funktionieren kann. Und vor allem muss sichergestellt werden, dass der TFFF so konzipiert ist, dass er seinen Zweck erfüllen kann, beispielsweise hinsichtlich der Kriterien für Finanzströme an TFCs und für Investitionen. Die erwartete Entschädigung ist jedoch immer noch geringer als das, was Tropenwaldländer finanziell aus landwirtschaftlichen oder bergbaulichen Aktivitäten erzielen können.

Eine weitere Entwicklung im Rahmen der COP30 war die Erneuerung der Forest and Climate Leader's Pledge. Diese geht auf die COP26 in Glasgow zurück. Bei dieser Verpflichtungserklärung handelt es sich um eine gemeinsame Zusage von 25

Geldgebern, 5 Ländern und 20 privaten Stiftungen.Diese haben zwischen 2021 und 2025 mit 1,7 Milliarden US-Dollar die Förderung der Landrechte und der Waldbewirtschaftung durch indigene Völker und lokale Gemeinschaften unterstützt. Am 6. November wurde diese Verpflichtung in Belém mit insgesamt 1,8 Milliarden US-Dollar bis 2030 zur Unterstützung der Gebiete indigener Völker, lokaler Gemeinschaften und afro-stämmiger Menschen erneuert (FCLP, 2025).

## 4 Finanzen und Handel

*Finanzen*

Der Vorlauf zur COP30 war geprägt von ungelösten Konflikten hinsichtlich der Klimafinanzierung, basierend auf den Ergebnissen der COP29. In Baku hatten sich die Vertragsparteien auf ein "New Collective Quantified Goal" (NCQG) für Klimafinanzierung geeinigt, dass die Industrieländer dazu auffordert, bis 2035 mindestens 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Entwicklungsländer zu mobilisieren. Dies blieb jedoch weit hinter den Forderungen der Entwicklungsländer zurück, die sich auf wissenschaftliche Schätzungen in Höhe von 1,3 Billionen US-Dollar jährlich bis 2035 stützen (Obergassel et al., 2024). Obwohl dieses Ziel auch im NCQG formuliert wurde, war es mit einer schwächeren UN-Formulierung versehen und bezog sich auf alle Akteure statt nur auf die Industrieländer. Das Ergebnis hinterließ eine große Glaubwürdigkeitslücke: Die gefährdeten Nationen stellten in Frage, wie sie ihre Klimaziele mit einer so begrenzten Unterstützung erreichen können, zumal das Versprechen von 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für den Zeitraum 2020-2025 kaum eingehalten worden war. Als Reaktion darauf startete die COP29 einen „Baku-to-Belém-Roadmap"-Prozess, um die Optionen für eine Aufstockung der Klimafinanzierung auf 1,3 Billionen US-Dollar zu diskutieren. Im Vorfeld der COP30 zeigten 36 Beiträge von Vertragsparteien und Blöcken zu dieser Roadmap die bekannten Meinungsverschiedenheiten: Die Entwicklungsländer betonten die Notwendigkeit einer stärkeren Finanzierung durch Zuschüsse, während die Industrieländer auf die Mobilisierung von Mitteln aus dem privaten Sektor hinwiesen (CarbonBrief, 2025). Es gab auch Forderungen, nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Klimafinanzierung zu verbessern. Expert*innen wiesen darauf hin, dass die Klimafinanzierung bislang stark auf Krediten basiert, was die Schuldenlast verschärft. Das NCQG enthält jedoch keine Unterziele für Zuschüsse oder Begrenzungen für Kredite. Dies führte zu Kontroversen über die Fairness: Anfällige Länder argumentierten, dass sie Zuschüsse für Anpassungsmaßnahmen und Verluste und Schäden benötigen, während Kredite lediglich die Kosten auf sie zurückverlagern (Obergassel et al., 2024).

Geopolitische Faktoren verkomplizierten die Verhandlungen zur Klimafinanzierung zusätzlich. Das Ergebnis der US-Wahlen 2024 warf einen langen Schatten auf die Diskussionen über die Klimafinanzierung. Angesichts der „lautstarken" Abwesenheit der Vereinigten Staaten in der Klimapolitik wuchsen die Zweifel, dass die Industrieländer selbst die bescheidene Zusage von 300 Milliarden US-Dollar erfüllen würden. Gleichzeitig wuchs der Druck auf die reicheren Schwellenländer (z. B. China, Golfstaaten), einen Beitrag zu leisten. Diese Länder hatten sich vehement gegen formelle Verpflichtungen gewehrt, aber bis zur COP29 gab es Anzeichen für eine Veränderung in dem Sinne, dass große Schwellenländer sich offen zeigten, freiwillig zu den Klimafinanzierungszielen beizutragen (Obergassel et al. 2024). Dennoch gab es im Vorfeld der COP30 keinen Mechanismus, der solche Beiträge sicherstellte.

Damit blieb die zentrale Debatte um Gerechtigkeit ungelöst: Diejenigen, die am meisten für die Emissionen verantwortlich sind, sind nicht unbedingt diejenigen, die die Kosten tragen. Zivilgesellschaftliche Gruppen betonten, dass das globale Finanzsystem die Entwicklungsländer im Stich lässt und viele von ihnen in die Schuldenfalle treibt, selbst wenn sie versuchen, in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren (Climate Action Network International, 2025).

Auf der COP30 begann die brasilianische Präsidentschaft mit informellen Konsultationen zum Thema Finanzierung, um einen Streit über die Tagesordnung zu diesem Thema zu vermeiden (CarbonBrief, 2025). Im Mittelpunkt dieser Gespräche stand die Frage, wie das NCQG umgesetzt und weiterentwickelt werden kann, und die Klimafinanzierung wurde zu einer der vier Hauptthemen, die in der „Global Mutirão"-Entscheidung behandelt wurden (IISD, 2025h). Durch diese und damit zusammenhängende Beschlüsse setzten sich die Vertragsparteien mit zwei wichtigen Fragen auseinander: Wie können die NCQG-Verpflichtungen umgesetzt werden und soll ein neues Ziel für die Anpassungsfinanzierung festgelegt werden? Während für Klimaschutzmaßnahmen in der Regel mehr Mittel zur Verfügung stehen, fordert der „Global Mutirão"-Beschluss der COP30 nun „Anstrengungen, um die Anpassungsfinanzierung bis 2035 mindestens zu verdreifachen" (UNFCCC, 2025e). Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich im Kapitel über Anpassung.

Ein klares Ergebnis der diesjährigen COP war die Einrichtung eines zweijährigen Arbeitsprogramms zur Klimafinanzierung im Rahmen der UNFCCC. Dieses Arbeitsprogramm, das bis 2027 läuft, war eine direkte Reaktion auf die Bedenken der Entwicklungsländer, dass die Finanzierungsdiskussion nicht bis zur nächsten Aktualisierung des NCQG warten kann. Es hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Erfüllung der Klimafinanzierungsverpflichtungen von Baku weiterhin politische Aufmerksamkeit erhält und die Unterstützung gemäß Artikel 9.1 des Pariser Abkommens, wonach die Industrieländer den Entwicklungsländern finanzielle Mittel zur Verfügung stellen sollen, ausgeweitet wird (IISD, 2025h). Daneben einigten sich die Vertragsparteien darauf, einen Dialog über Artikel 2.1(c) des Pariser Abkommens zu initiieren und signalisierten gleichzeitig, dass die globalen Finanzsysteme im Hinblick auf die Klimaziele reformiert werden müssen (World Resources Institute, 2025). Auf der COP30 fand auch der „Baku-to-Belém"-Prozess seinen Höhepunkt. Die Präsidentschaften der COP29 und COP30 stellten gemeinsam die „Baku-to-Belém Roadmap" vor. Dieser Bericht beschreibt, wie öffentliche, private, nationale und internationale Quellen gemeinsam die angestrebten 1,3 Billionen US-Dollar pro Jahr bis 2035 mobilisieren können. Die Roadmap umfasst Maßnahmen wie Schuldenerlassinitiativen, innovative Finanzierungsinstrumente und koordinierte Investitionen über „Länderplattformen" (UNFCCC, 2025o). Es fanden jedoch keine detaillierten Verhandlungen über diese Empfehlungen statt, sodass es beispielsweise keine verbindliche Entscheidung über Umschuldungen oder private Finanzierungsmandate auf der COP30 gab.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Klimafinanzierung erneut ein zentrales Thema der COP30 war. Obwohl kleine Fortschritte erzielt wurden, stehen die Ambitionen hinsichtlich der Bereitstellung finanzieller Mittel nach wie vor in krassem Widerspruch zur Realität der Klimakrise und den Bedürfnissen der Entwicklungsländer. Angesichts fehlender klarer Definitionen für die Klimafinanzierung besteht die Herausforderung darin, die Industrieländer in Zeiten knapper Haushaltsmittel und klimapolitischer Gegenreaktionen für ihren fairen

Anteil am 300-Milliarden-Dollar-Ziel der NCQG zur Verantwortung zu ziehen. Zumindest gelang es der COP30, diese Diskussionen mit einem neuen Arbeitsprogramm auf der Tagesordnung zu halten.

*Handel*

In den Jahren vor der COP30 rückten Handelsfragen allmählich in den Vordergrund, da die einseitigen Klimamaßnahmen der Länder zu internationalen wirtschaftlichen Spannungen führten. Während die Auswirkungen des US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) vor der zweiten Amtszeit von Trump und den damit verbundenen klimapolitischen Gegenreaktionen intensiv diskutiert wurden, ist das beste Beispiel heute der CBAM der EU, dessen endgültige Phase 2026 beginnt. Der CBAM sieht einen $CO_2$-Preis für Importe emissionsintensiver Güter (wie Stahl, Zement, Aluminium) vor, um „Carbon Leakage" zu verhindern und Handelspartner zur Dekarbonisierung zu ermutigen (TESS, 2023). Aus Sicht der EU handelt es sich hierbei um eine Maßnahme, die gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft, die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen im Dekarbonisierungsprozess erhält und möglicherweise positive Auswirkungen auf andere Länder hat, die ebenfalls dekarbonisieren, z. B. durch die Entwicklung eigener $CO_2$-Bepreisungsmechanismen wie dem europäischen Emissionshandelssystem (ETS) (Europäische Kommission, o. J.).

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer empfinden CBAM und ähnliche Maßnahmen jedoch als einseitig und unfair. Die BASIC-Gruppe (Brasilien, Südafrika, Indien, China) veröffentlichte Erklärungen, in denen sie $CO_2$-Grenzsteuern verurteilte und argumentierte, dass solche einseitigen Maßnahmen die Märkte verzerren und das „Vertrauensdefizit" zwischen den Nationen „verschärfen" könnten (TESS, 2023). Sie betonten, dass diese Maßnahmen den UNFCCC-Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten (CBDR-RC) untergraben, indem sie die Last der $CO_2$-Reduzierung effektiv auf die Entwicklungsländer verlagern. Mit anderen Worten: Anstatt dass die Industrieländer Finanzmittel und Technologien zur Unterstützung der ärmeren Länder bei der Emissionsreduzierung bereitstellen, könnten Grenzabgaben diese Exporte einfach bestrafen.

Vor Belém wurden die Forderungen nach einem regelbasierten Ansatz für einen klimafreundlichen Handel anstelle von einseitigen Maßnahmen immer lauter. Es kam die Sorge auf, dass es ohne einen entsprechenden Rahmen zu fragmentierten $CO_2$-Zöllen und Vergeltungsmaßnahmen kommen könnte, die sowohl das Handelssystem als auch die Klimakooperation untergraben würden (TESS, 2023). Vor diesem Hintergrund entwickelte die brasilianische COP30-Präsidentschaft (und Präsident Lula da Silva) die Idee, dass die Handelspolitik Klimaschutzmaßnahmen unterstützen und nicht behindern muss. Lula berief am Rande der COP30 tatsächlich Diskussionen über ein „Integrated Forum on Climate Change and Trade" (IFCCT) ein, um wichtige Akteure außerhalb der formellen Verhandlungen zusammenzubringen (World Resources Institute, 2025).

Bei den Verhandlungen selbst drängte eine Gruppe von Entwicklungsländern (angeblich angeführt von Indien und Partnern aus dem Block der gleichgesinnten Entwicklungsländer) darauf, „einseitige Handelsmaßnahmen" offiziell auf die Tagesordnung der COP30 zu setzen (World Resources Institute, 2025). Diese

Initiative war eine direkte Reaktion auf die Bedenken hinsichtlich CBAM und ähnlicher Maßnahmen. Um einen Streit über die Tagesordnung zu vermeiden, verwies die COP-Präsidentschaft den vorgeschlagenen Punkt als Teil des „Mutirão-Pakets" in informelle Konsultationen und hielt ihn damit von der offiziellen Tagesordnung fern. So hielt die Präsidentschaft während der gesamten ersten Woche geschlossene Konsultationen zu Handel und Klima ab (CarbonBrief, 2025). Diese Gespräche fanden parallel zu anderen Verhandlungen statt und unterstrichen damit, wie sehr das Thema Handel die traditionellen Themen der UNFCCC durchdringt. Beobachter stellten fest, dass „der Handel zu einem der heißesten Themen" in Belém wurde und „auf andere Verhandlungsbereiche übergriff" (IISD, 2025h).

Das Hauptthema der Verhandlungen war es, eine gemeinsame Basis dafür zu finden, wie einseitige klimabezogene Handelsmaßnahmen im Rahmen des Klimaregimes behandelt werden sollen. Nach intensiven Verhandlungen kam es zu einem Kompromiss in der abschließenden „Global Mutirão"-Entscheidung. Anstelle einer ausgehandelten Regelung zu Handelsmaßnahmen einigten sich die Parteien darauf, eine Reihe von Dialogen über Handels- und Klimapolitik im Rahmen des UNFCCC-Prozesses einzurichten. Konkret sieht die COP30-Entscheidung drei jährliche Dialoge auf Ministerebene (2026, 2027, 2028) vor, um zu erörtern, wie der internationale Handel die Zusammenarbeit verbessern und keine Hindernisse für Klimaschutzmaßnahmen darstellen kann (UNFCCC, 2025e). Diese Dialoge werden während der jährlichen Zwischentagungen in Bonn (Halbjahrestagungen der Nebenorgane) stattfinden und nicht nur Verhandler*innen, sondern auch Handelsexpert*innen einbeziehen. Bezeichnenderweise lädt der Beschluss auch die WTO und andere relevante Organisationen zur Teilnahme ein. Bis 2028, dem letzten Jahr dieses Arbeitsbereichs, werden die Ergebnisse des Dialogs in einer hochrangigen Veranstaltung oder einem Bericht zusammengefasst und Optionen zur Prüfung durch die COP vorgestellt (World Resources Institute, 2025; IISD, 2025h). Tatsächlich hat die COP30 einen formellen Raum für die Behandlung von Handels- und Klimafragen geschaffen und damit einen mehrjährigen Prozess in Gang gesetzt, anstatt das Thema in Belém endgültig zu klären.

Parallel dazu bekräftigte der COP30-Mutirão-Beschluss einige wichtige Grundsätze für die Schnittstelle zwischen Handel und Klima. Die Vertragsparteien bekräftigten gemeinsam, dass ein offenes, diskriminierungsfreies und gerechtes multilaterales Handelssystem für die Klimaziele von entscheidender Bedeutung ist, und griffen damit die Formulierungen der UNFCCC und des Pariser Abkommens auf, wonach Handelsbeschränkungen, die dem Klimaschutz zuwiderlaufen, zu vermeiden sind (UNFCCC, 2025d). Die Entscheidung betont, dass die Länder zusammenarbeiten sollten, um sicherzustellen, dass die Handelspolitik Klimaschutzmaßnahmen unterstützt, was die Idee unterstreicht, dass Maßnahmen wie CBAM idealerweise kooperativ und nicht einseitig entwickelt werden sollten. Unterdessen wird das „Integrated Forum on Climate Change and Trade" parallel zu den UNFCCC- und WTO-Prozessen stattfinden, um eine gemeinsame Basis für klimabezogene und handelsbezogene Fragen zu finden (World Resources Institute, 2025).

Während auf der COP30 der Handel als wichtiges Thema in den Klimaverhandlungen aufkam, geschieht dies zu einer Zeit, in der die WTO zunehmend gelähmt ist, was effektiv zu einem Wechsel von einem Regime zum anderen führt. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Dynamik in Vereinbarungen umzusetzen, die Maßnahmen im Zusammenhang mit Klima und

Handel mit Gerechtigkeitsprinzipien in Einklang bringen, damit unfaire Nebenwirkungen, z. B. in Bezug auf Entwicklungsziele vermieden werden können.

## 5 Gerechte Transition

Nachdem 2022 in Sharm El-Sheik beschlossen worden war, ein Arbeitsprogramm für einen gerechten Strukturwandel einzurichten, und 2023 in Dubai Elemente des Arbeitsprogramms festgelegt worden waren, gelang es den Vertragsparteien 2024 in Baku nicht, ein gemeinsames Verständnis der Inhalte und der Ziele des Arbeitsprogramms zu erreichen. Dies verhinderte die Verabschiedung eines Beschlusses zur gerechten Transition. In Baku verbanden die Industrieländer die gerechte Transition stark mit Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere mit der Abkehr von fossilen Brennstoffen auf nationaler Ebene und den Auswirkungen auf die Arbeitnehmenden. Im Gegensatz dazu vertraten viele Entwicklungsländer eine breitere Sichtweise. Sie betonten das Ziel der nachhaltigen Entwicklung, die internationale Dimension einer gerechten Transition, einschließlich der Notwendigkeit internationaler Unterstützung, und kritisierten die geplanten einseitigen Handelsmaßnahmen der Industrieländer. Sie verbanden einen gerechten Übergang auch mit Anpassung und der Reaktion auf Verluste und Schäden. AOSIS, LDC, AILAC und die Afrikanische Gruppe schlugen schließlich die Entwicklung eines Rahmenwerks für eine gerechte Transition vor (Obergassel et al., 2024).

Die Verhandlungen der Nebenorgane in Bonn im Juni 2025 führten zu einem Durchbruch in der festgefahrenen Situation und mündeten in einen informellen Vermerk, der an die Klimakonferenz in Belém weitergeleitet wurde (Kuehl, 2025). Basierend auf den Erkenntnissen aus mehreren Dialogen wurden in dem Vermerk bereits Grundsätze genannt, die als Leitlinien für Ansätze für eine gerechte Transition dienen könnten (SBSTA & SBI, 2025). Es wurde jedoch kein Konsens hinsichtlich drei zentraler Aspekte erreicht: der Entwicklung eines Mechanismus für eine gerechte Transition, der Umgang mit Handelsbeschränkungen sowie der Fortsetzung des Arbeitsprogramms.

Vor und während der Klimakonferenz in Belém setzte sich das Climate Action Network (CAN) intensiv für die Entwicklung des „Belém Action Mechanism for a Global Just Transition" ein. Zu Beginn der Verhandlungen in Belém forderte dann auch die Gruppe der G77/China die Entwicklung eines Mechanismus für eine gerechte Transition. Mehrere Industrieländer, darunter Großbritannien und Norwegen, lehnten die Entwicklung eines solchen Mechanismus jedoch zunächst ab, da sie befürchteten, dass dies zu einem langwierigen Prozess, Doppelarbeit mit anderen Institutionen und sogar zu Bemühungen führen würde, die Ambitionen im Bereich der Emissionsminderung zu senken. Auch die EU zögerte zunächst, milderte jedoch am Ende der ersten Woche ihre Haltung und schlug einen Aktionsplan für eine gerechte Transition vor, wodurch sie den Weg für eine breite Koalition zur Unterstützung der Entwicklung eines Mechanismus ebnete. Am Ende der Verhandlungen in Belém einigten sich die Vertragsparteien darauf, einen „Mechanismus für eine gerechte Transition" ("Just Transition Mechanism") zu entwickeln, dessen Operationalisierung im Sommer 2026 bei den Verhandlungen der Nebenorgane in Bonn beginnen soll. Der neue Mechanismus zielt darauf ab, die internationale Zusammenarbeit, technische Hilfe, den Kapazitätsaufbau und den Wissenstransfer zu fördern, um „eine faire, inklusive und gerechte Transition zu ermöglichen" (UNFCCC, 2025p).

Auf der Grundlage der Beiträge aus den Dialogen erkennt die CMA-Entscheidung bereits mehrere Grundsätze einer gerechten Transition an. Dazu gehören ihr „multi-stakeholder-, menschenzentrierter, bottom-up-, gesamtgesellschaftlicher“ und „multisektoraler“ Charakter (ebenda, S. 3). Es bleibt jedoch noch viel zu tun, um alle wichtigen Dimensionen einer gerechten Transition abzudecken, darunter Verfahrens-, Verteilungs-, Anerkennungs-, Wiedergutmachungs-, kosmopolitische und generationenübergreifende Gerechtigkeit gemäß dem aktuellen Stand der Literatur (Banerjee, 2024; Fraser, 1998; McCauley & Heffron, 2018; Wang & Lo, 2021).

Darüber hinaus ermutigt die Entscheidung der CMA die Länder, diese Grundsätze in ihre nationale Klimapolitik zu integrieren. In der Entscheidung wird auch die Bedeutung der Achtung unter anderem der Generationengerechtigkeit, der Arbeitsrechte, der Menschenrechte, der Umwelt- und Gesundheitsrechte sowie der Rechte marginalisierter und schutzbedürftiger Gruppen anerkannt. Außerdem wird die Bedeutung der Förderung der Beteiligung von Stakeholdern (einschließlich der oben genannten Rechteinhaber*innen) an der Klimapolitik anerkannt. Ansätze für eine gerechte Transition werden nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für die Anpassung und die Reaktion auf klimawandelbedingte Verluste und Schäden als relevant anerkannt, wie von den Entwicklungsländern gefordert (UNFCCC, 2025p).

Andere Elemente fanden keinen Eingang in den Entscheidungstext. China verhinderte einen Verweis auf die Bedeutung einer gerechten Transition im Zusammenhang mit der Gewinnung und Verarbeitung kritischer Mineralien. Ölfördernde Staaten, wie die der Arabischen Gruppe und Russland, sowie die konservativen Schwellen- und Entwicklungsländer der LMDCs verhinderten eine stärkere Verknüpfung einer gerechten Transition mit einer raschen und tiefgreifenden Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Einklang mit dem 1,5 °C-Ziel und der Abkehr von fossilen Brennstoffen (Carbon Brief, 2025; IISD, 2025h). Bereits auf der Klimakonferenz 2024 in Baku hatten die LMDC und die Arabische Gruppe Verweise auf die GST-Ergebnisse, tiefgreifende Emissionsreduktionen und die Abkehr von fossilen Brennstoffen abgelehnt (Obergassel et al., 2024). AILAC, AOSIS, EIG und die EU hatten sich eine ambitioniertere Formulierung hinsichtlich der Abkehr von fossilen Brennstoffen erhofft. Die LMDCs, die Arabische Gruppe und Russland setzten sich intensiv dafür ein, eine Verurteilung einseitiger Handelsmaßnahmen in den Entscheidungstext aufzunehmen, die sich gegen den $CO_2$-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) der EU richtete. Als Reaktion darauf verurteilte die EU Chinas Handelsbeschränkungen für kritische Mineralien. Letztendlich wurde keines dieser Themen direkt in der Entscheidung angesprochen (IISD, 2025h). Im Zusammenhang mit früheren internationalen Bemühungen zur Erleichterung einer gerechten Transition – insbesondere den Just Energy Transition Partnerships (JETPs) – betont die Entscheidung, dass „eine verstärkte internationale Zusammenarbeit … für die Erleichterung der Verfolgung gerechter Übergangswege von entscheidender Bedeutung“ ist, während gleichzeitig auf die Probleme der „hohen Schuldenlast“ (UNFCCC, 2025p, S. 5) in den Empfängerländern hingewiesen wird, die im Rahmen der JETPs ein großes Problem darstellen, da die meisten Finanzmittel auf Darlehen mit hohen Zinssätzen basieren.

Die Entscheidung über die Fortsetzung des Arbeitsprogramms wurde auf die Verhandlungen in Antalya im November 2026 verschoben. Im nächsten Jahr wird sich auch zeigen, inwieweit ein hilfreicher Mechanismus geschaffen werden kann,

um soziale Gerechtigkeit zu fördern und die Legitimität ambitionierter Klimapolitik zu stärken. Letztendlich bleibt die Frage offen, inwieweit die Grundsätze einer gerechten Transition die globale und nationale Klimapolitik beeinflussen können, da der Mutirão-Beschluss keinen besonderen Bezug zu einer gerechten Transition enthält. Obwohl auf der Konferenz von Belém erfolgreich die Entwicklung eines Mechanismus für eine gerechte Transition vereinbart wurde, bleibt noch viel zu tun, um eine ambitionierte gerechte Transition sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene zu fördern.

## 6 Marktbasierte Kooperation gemäß Artikel 6

Die Verhandlungen über die Regeln für die marktbasierte Zusammenarbeit gemäß Artikel 6 wurden auf der COP29 im vergangenen Jahr in Baku abgeschlossen. Da die Regelwerk für Artikel 6 nun vorliegt, waren für die COP30 in Belém keine wesentlichen Verhandlungen zu den Regeln für Artikel 6 vorgesehen. Die Diskussionen zu diesem Thema erwiesen sich jedoch als kontroverser als erwartet, sowohl hinsichtlich der Umsetzung Kooperativer Ansätze gemäß Artikel 6.2 als auch hinsichtlich der Operationalisierung des Paris Agreement Crediting Mechanism (PACM) der unter Artikel 6.4 des Übereinkommens von Paris angelegt ist.

*Kooperative Ansätze gemäß Artikel 6.2*

Aufgrund der Verabschiedung des Regelwerks zu Artikel 6 auf der COP29 bestand bei den Verhandlungen in Belém die Gelegenheit, über den aktuellen Stand der Umsetzung Kooperativer Ansätze zu reflektieren. Die Beratungen begannen mit dem sogenannten Ambition Dialogue (UNFCCC, 2025a), der sich auf das Potenzial Kooperativer Ansätze zur der Ambitionsteigerung und Möglichkeiten zur Beschleunigung der Umsetzung konzentrierte. Der Dialog bildete die Grundlage für einen Peer-to-Peer-Austausch zwischen den Vertragsstaaten und ermöglichte gleichzeitig die Interaktion mit weiteren Interessengruppen. Im Laufe des Dialogs zeigten sich unterschiedliche Ansichten über das tatsächliche Potenzial von Artikel 6, zur Steigerung der Ambitionen beizutragen. Während einige Staaten auf eine Beschleunigung der Umsetzung drängten, unter anderem durch einen breiteren sektoralen Anwendungsbereich, der auch die Erzielung international transferierter Minderungsergebnisse (ITMOs) aus dem Forstsektor einschließt, forderten andere eine vorsichtigere Haltung und betonten die Notwendigkeit, die Umweltintegrität zu gewährleisten und Kooperative Ansätze zu nutzen, um über den reinen $CO_2$-Ausgleich hinauszugehen. Während des offenen Austauschs äußerten die Vertragsstaaten und Interessengruppen auch Bedenken hinsichtlich unzureichender Transparenz und Unstimmigkeiten in der Berichterstattung, die durch die Technical Expert Reviews (TER) der Initial Reports festgestellt wurden. Die TER sind von zentraler Bedeutung für das Funktionieren von Artikel 6.2, der sich durch seine Dezentralität und begrenzte internationale Kontrolle auszeichnet.

Die Ergebnisse der TER standen dann auch im Mittelpunkt der eigentlichen Verhandlungen zu Artikel 6.2, bei denen die Vertragsstaaten über den Jahresbericht des UNFCCC-Sekretariats zur Umsetzung der Leitlinien zu Artikel 6.2 (UNFCCC, 2025l) berieten. Der Jahresbericht enthielt zwar auch Informationen über den aktuellen Stand der UNFCCC-Infrastruktur (das internationale Register, die zentralisierte Abrechnungs- und Berichtsplattform (CARP) und die Artikel 6-Datenbank) und zur Finanzsituation, doch die Zusammenfassung der Ergebnisse der

TERs rückte bald in den Mittelpunkt der Verhandlungen. Der Bericht enthielt eine Zusammenstellung der ersten Runde der TERs – der die Initial Reports von sechs Vertragsstaaten (Ghana, Guyana, Suriname, Schweiz, Thailand und Vanuatu) umfasst. Während mehrere Staaten besorgt und enttäuscht über die große Anzahl von Unstimmigkeiten waren, die in den TERs der Initial Reports festgestellt wurden, herrschte auch allgemein die Auffassung, dass diese Unstimmigkeiten auch auf die frühe Phase der Umsetzung der Berichterstattungsvorgaben zurückzuführen sind.

Die Frage, wie mit solchen Unstimmigkeiten umzugehen ist und wie die allgemeine Transparenz und die Qualität der Berichterstattung verbessert werden können, spielte jedoch in den Verhandlungen eine große Rolle. Einige Vertragsstaaten, wie beispielsweise die EU, forderten eine höhere Granularität und Disaggregation der Informationen in künftigen Berichten, um ein besseres Verständnis der TER-Ergebnisse zu ermöglichen. Im Laufe der Verhandlungen wurden auch die TER-Teams und ihr Mandat zum Gegenstand der Diskussion: Einzelne Staaten, wie die Coalition for Rainforest Nations (CfRN), forderten eine strengere Durchsetzung der Leitlinien für die TER-Teams und äußerten Bedenken, dass die Prüfer*innen ihr Mandat überschreiten und ihre persönlichen Ansichten in den Überprüfungsprozess einfließen lassen könnten. Andere drängten hingegen darauf, das Mandat zu präzisieren und zu erweitern, um die TER-Teams aufzufordern, Erklärungen für die festgestellten Unstimmigkeiten zu liefern und anzugeben, ob die betroffenen Vertragsstaaten zusätzliche Informationen zur Behebung der Unstimmigkeiten vorgelegt haben.

Letztendlich konnte eine strengere Auslegung der Vorgaben für die Prüfteams verhindert werden, während es aber auch nicht möglich war, sich auf eine Stärkung ihres Mandats zu einigen. Auch der Versuch, das Artikel 6.2-Rahmenwerk anderweitig zu stärken, war nicht erfolgreich: Der Vorschlag, die Übertragung von ITMOs zu unterbinden, wenn diese nicht den Transparenzbestimmungen entsprechen, wurde nicht in den endgültigen Text aufgenommen (Carbon Market Watch, 2025). Daher konnten die Staaten nicht über Baku hinausgehen. Der hier verabschiedete Beschluss fordert die Vertragsstaaten lediglich auf, „die international übertragenen Klimaschutzergebnisse, die bei der Konsistenzprüfung als inkonsistent identifiziert wurden, nicht zu verwenden …“ (UNFCCC, 2024a, Abs. 40). Die Auswirkungen des endgültigen Ergebnisses der Verhandlungen zu Artikel 6.2 (UNFCCC, 2025c) bleiben daher begrenzt. Zwar war es nicht möglich, den Transparenz- und Berichterstattungsrahmen für Kooperative Ansätze zu stärken - doch die Diskussionen lieferten Hinweise für die geplante Überprüfung der Artikel 6.2- Guidance, die 2028 beginnen soll.

*Der Paris Agreement Crediting Mechanism unter Artikel 6.4*

In Bezug auf Artikel 6.4 diskutierten die Vertragsstaaten den Jahresbericht des Aufsichtsgremiums des Artikel 6.4-Mechanismus (Art. 6.4 Supervisory Body - SBM). Im Mittelpunkt standen dabei unter anderem ausgewählte Entscheidungen des SBM zur weiteren Operationalisierung des PACM, die Finanzierung der Arbeit des Sekretariats im Dienste des SBM sowie der Übergang von Projekten des Clean Development Mechanism (CDM) zum PACM.

Im Laufe des Jahres 2025 hatte der SBM eine Reihe von Beschlüssen gefasst, mit denen das Regelwerk des PACM vervollständigt wurde. Dazu gehörten Standards zur Bestimmung der Zusätzlichkeit von PACM-Aktivitäten oder zur Verhinderung von

Verlagerungseffekten (leakage). Die im Oktober 2025 getroffenen Entscheidungen des SBM zur Permanenz bei Aktivitäten zur $CO_2$-Entfernungen und dem Umgang mit Reversals - also die erneute Freisetzung des zuvor gebundenen $CO_2$ - hatten unter den Stakeholdern erhebliche Kontroversen ausgelöst. Der neu verabschiedete PACM-Reversal-Standard legt zwar einen übergreifenden Rahmen fest, delegiert jedoch ausdrücklich alle operativen Anforderungen – einschließlich der Risikobewertung, der Ausgestaltung von Bufferpools, die Dauer des Post-Crediting Monitoring und die Rolle von Versicherungslösungen – an spätere methodische Weiterentwicklungen. Befürworter naturbasierter Lösungen (NbS) befürchteten, dass die Anforderungen des Post-Crediting Monitoring zu streng seien und NbS effektiv aus dem PACM ausschließen würden. Andere betonten, dass der Ansatz des SBM, Anforderungen im Zusammenhang mit Reversals auf der Ebene einzelner Methoden zu berücksichtigen, besser geeignet sei, um die Umweltintegrität zu gewährleisten und die Dauerhaftigkeit sicherzustellen.

Auf der COP 30 schlugen Indonesien und andere Regenwaldnationen vor, dass die CMA den SBM mit der Überarbeitung der entsprechenden Standards beauftragen sollte. Das SBM sollte den jetzigen Ansatz der fallweisen Betrachtung aufheben und die Reversal-Risiken auf einer allgemeineren Ebene angehen, um so die wahrgenommenen Hürden für NbS zu beseitigen. Dieser Vorstoß wurde jedoch von der EU und anderen erfolgreich abgewehrt, die nicht nur für den Ansatz des SBM argumentierten, sondern auch betonten, dass regulatorische Unsicherheiten vermieden werden müssten. Die Entwicklung und Integration spezifischer Methoden wird somit zur Verbesserung der umstrittenen Reversal-Vorgaben führen und deren praktische Umsetzung auf lokaler Ebene ermöglichen. Der finale Text verweist auch auf die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und solide Beweise, was die Entscheidung nochmal robuster macht (UNFCCC, 2025b).

Der dominierende Aspekt der Beratungen in Belém war jedoch die für den Betrieb des Mechanismus erforderliche Finanzierung. In seinem Jahresbericht hatte das SBM auf einen erheblichen Budget-Engpass aufgrund fehlender Einnahmen aus Projektgebühren hingewiesen. Die Vertragsstaaten diskutierten daher Lösungen zur Erschließung anderer Einnahmequellen, wie beispielsweise die Übertragung von Geldern aus dem CDM-Treuhandfonds an den PACM. Dieser Vorschlag stieß jedoch auf heftigen Widerstand einiger Entwicklungsländer, die darauf drangen, dass diese Mittel entweder in den Anpassungsfonds oder in den Kapazitätsaufbau fließen müssten. Schließlich fanden die Vertragsstaaten eine für alle akzeptable Lösung. Der kreative Ansatz sieht vor, dass die Gelder aus dem CDM-Treuhandfonds als Darlehen an den PACM umgeschichtet werden und dass diese an den Anpassungsfonds zurückgezahlt werden, sobald sich der PACM-Markt ab 2030 eigenständig finanziert. Zusätzliche Mittel fließen in den Kapazitätsaufbau.

Die Vertragsstaaten diskutierten auch den Übergang von CDM-Aktivitäten zum PACM. Hier wurde ein früherer CMA-Beschluss aufgehoben und die Frist für die Einreichung von Übergangsanträgen bis zum 30. Juni 2026 verlängert. Insbesondere afrikanische Länder hatten argumentiert, dass der Zeitrahmen für die Bearbeitung zu kurz gewesen sei und dass bisher nur ein kleiner Teil der Aktivitäten den Übergang geschafft habe. Die EU, Neuseeland und andere zögerten hingegen, die vereinbarte Frist zu ändern. Letztendlich wurde die Verlängerung jedoch als Teil eines Gesamtpakets beschlossen. Die Vertragsstaaten einigten sich zudem auf ein offizielles Enddatum für den CDM, das auf den 31. Dezember 2026 festgelegt wurde.

## 7 Anpassung

Die Erwartungen an die COP30 im Bereich Anpassung waren hoch: Zum einen stand eine Entscheidung über konkrete Indikatoren für das Globale Anpassungsziel (GGA) an. Zum anderen sollten die Fortschritte bei den Nationalen Anpassungsplänen (NAPs) bewertet werden. Darüber hinaus waren viele Vertragsstaaten der Meinung, dass die Konferenz sich auf ein neues Finanzierungsziel für Anpassung einigen sollte, obwohl dieses Thema nicht auf der offiziellen Tagesordnung stand.

Im Vorfeld der COP30 waren die Botschaften klar: Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO, 2025) erklärte, dass 2025 auf dem besten Weg sei, eines der drei wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen zu werden. Die vielfältigen und sich beschleunigenden globalen Auswirkungen extremer Wetter- und Klimaereignisse reichen beispielsweise von Verlusten bei Anbauflächen über wachsende Armut bis hin zu klimabedingter Migration in verschiedenen Weltregionen bei. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) kam in seinem Adaptation Gap Report 2025 zu dem Schluss, dass bisher im Vergleich zu den weltweit erforderlichen Anstrengungen nur unzureichende Anpassungsmaßnahmen ergriffen wurden (UNEP 2025). Dennoch wurden Fortschritte bei der Einbeziehung der Anpassung in nationale Pläne und Strategien gemeldet, wie sie im Rahmenwerk für globale Klimaresilienz vereinbart wurden, das auf der COP28 in Dubai verabschiedet wurde (UNFCCC, 2024b).

Die Anpassungskosten für Entwicklungsländer werden auf 310 bis 365 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis zum Jahr 2035 geschätzt (UNEP, 2025). Angesichts des Rückgangs der Finanzmittel für Anpassungsmaßnahmen im Jahr 2023, dem Jahr mit den neuesten verfügbaren Daten, wird das Ziel des Glasgow Climate Pact wahrscheinlich nicht erreicht werden. Dieses auf der COP26 (UNFCCC, 2021) verabschiedete Ziel sah vor, die Finanzmittel für Anpassungsmaßnahmen bis 2025 auf 40 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln. Im Gegenteil, es wird erwartet, dass sich die Finanzierungslücke für Anpassungsmaßnahmen bis 2035 auf 284 bis 339 Milliarden US-Dollar pro Jahr vergrößern wird, sodass der Bedarf 12- bis 14-mal höher sein wird als die derzeitigen Finanzströme (UNEP, 2025).

Insgesamt war die Anpassungsagenda sehr umstritten. Es gab insbesondere Kontroversen über ein neues Ziel der „Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung", für das sich die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) seit den Klimazwischenverhandlungen im Juni 2025 in Bonn eingesetzt hatten. Obwohl oder gerade weil die offizielle Agenda der COP30 keinen Raum für Verhandlungen über ein solches neues Ziel für die Zeit nach 2025 bot, überlagerte das Thema Anpassungsfinanzierung andere Verhandlungsthemen zu Anpassung. Diese Themen schienen als Verhandlungspfand für die Durchsetzung eines neuen Ziels für die Anpassungsfinanzierung zu dienen, auch wenn dies eventuell zu Lasten der Fortschritte in anderen Fragen gehen würde. Diese Taktik wurde darauf zurückgeführt, dass es bei der COP29 nicht gelungen war, ein Teilziel für die Anpassungsfinanzierung in das neue Finanzierungsziel (New Collective Quantified Goal, NCQG) aufzunehmen (IISD, 2025b). Das Thema wurde dann in den Global Mutirão-Konsultationen der COP-Präsidentschaft behandelt. Nach der Erörterung mehrerer Optionen bekräftigt die endgültige Entscheidung das

Verdopplungsziel für Anpassungsfinanzierung bis 2025, und fordert Anstrengungen, um die Anpassungsfinanzierung bis 2035 mindestens zu verdreifachen. Industrieländer werden nachdrücklich aufgefordert, die kollektive Bereitstellung von Klimafinanzierungen für die Anpassung an die Vertragsparteien der Entwicklungsländer zu verstärken (UNFCCC, 2025e, Abs. 53).

Bezogen auf das GGA legt das Rahmenwerk für globale Klimaresilienz aus dem Jahr 2024 übergeordnete Ziele fest, die bis 2030 erreicht werden sollen (UNFCCC, 2024b). Im Rahmen des zweijährigen „UAE-Belém Work Programme“ definierte eine Expertengruppe etwa 10.000 Indikatoren zur Messung der Fortschritte im Rahmen des GGA (N.A., 2025). Nachdem Uneinigkeit über Indikatorkategorien wie die Indikatoren für die Finanzierungsmittel (MoI) die Verhandlungen auf der COP29 in Baku dominiert hatten, wurde dort der Auftrag erteilt, die Anzahl der Indikatoren vor der COP30 erheblich auf eine überschaubare Zahl von 100 Indikatoren zu reduzieren (UNFCCC, 2024c). Anschließend wurde die „Baku Adaptation Roadmap” (BAR) ins Leben gerufen, um das GGA als Tagesordnungspunkt für künftige Treffen zu etablieren.

Von den ersten Tagen der COP30 an wurde die Festlegung einer endgültigen Liste von Indikatoren auf der Grundlage der von der Expertengruppe vorgeschlagenen gekürzten Liste von 100 Indikatoren (N.A., 2025) erneut kontrovers verhandelt. So sprach sich die afrikanische Gruppe gegen die sofortige Annahme der Indikatorenliste auf dieser COP aus. Sie schlugen stattdessen vor, einen weiteren zweijährigen „politischen Verfeinerungsprozess” bis COP32 im Jahr 2027 einzurichten, während die Industrieländer (Australien, EU, Environmental Integrity Group, EIG, Vereinigtes Königreich) auf die Annahme der Indikatorliste auf COP30 drängten (IISD, 2025a; 2025c). Die Afrikanische Gruppe argumentierte, dass die vorgeschlagene Liste mit 100 Indikatoren ihrer Ansicht nach problematisch sei, da sie Indikatoren enthalte, die auf nationale Maßnahmen abzielen, also die Verantwortung für Maßnahmen von den Industrieländern auf die Entwicklungsländer verlagern. Im Verlauf der Verhandlungen argumentierten auch die LDCs, die Afrikanische Gruppe, und weitere Staatengruppen (AOSIS, AILAC und LMDCs), dass die Verhandlung von Anpassungsthemen ohne auch Finanzierungsfragen zu behandeln grundsätzlich unvollständig sei. Nicht zuletzt würde fast die Hälfte der vorgeschlagenen Indikatoren Unterstützung und Finanzierung erfordern, um umsetzbar zu sein (Carbon Brief, 2025). Diese Länder argumentierten daher, dass eine Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung auf mindestens 120 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2030 in den GGA-Entscheidungstext aufgenommen werden sollte, was von den Industrieländern, beispielsweise der EU und Japan, die die Indikatoren auf die Mobilisierung inländischer Ressourcen konzentrieren wollten, vehement abgelehnt wurde. Die EU warnte, dass eine Ausweitung der Baku Adaptation Roadmap über die COP30 hinaus eine weitere Fragmentierung der Anpassungsagenda riskieren würde (IISD, 2025d).

Letztendlich wurde ein Kompromiss gefunden und die endgültige GGA-Entscheidung (UNFCCC, 2025g) wurde in der Abschlusssitzung der COP30 verabschiedet, einschließlich eines Anhangs mit 59 Belém-Anpassungsindikatoren und einem Zweijahresprogramm, der „Belém-Addis-Vision“, um die Indikatoren weiter zu verfeinern und Leitlinien für ihre Operationalisierung zu entwickeln. Der

Anpassungsbeschluss enthält den Wortlaut des Mutirão-Beschlusses, in dem zu Anstrengungen zur Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung aufgerufen wird. Die Reaktionen der Vertragsparteien auf den Beschluss waren jedoch gemischt und enttäuscht, nicht zuletzt aufgrund der damit verbundenen schwachen Formulierung zur Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung.

Ein weiteres Thema der COP30 im Bereich Anpassung war die Bewertung der Fortschritte bei den NAP, da diese Bewertung auf der COP29 nicht abgeschlossen werden konnte. Bei den Verhandlungen über die NAP auf der COP30 war die Finanzierung erneut der Hauptstreitpunkt. Letztendlich lautete die Kernaussage im Text über die Fortschritte bei den NAP, dass die NAP robust sind, ihre Umsetzung jedoch durch einen Mangel an Finanzmitteln behindert wird. Einige Vertragsparteien forderten die Bereitstellung von Schnellfinanzierungen für die Umsetzung der NAP bis 2030 und argumentierten, dass sich die Formulierungen zu den Umsetzungsmitteln auf die „Bereitstellung und Mobilisierung" von Finanzmitteln aus den Industrieländern konzentrieren sollten (Arabische Gruppe, G-77/China, LMDCs) und dass der Mangel an Umsetzungsmitteln den NAP-Prozess zu einer „theoretischen Übung" zu machen droht (Mauretanien) (IISD, 2025c). In Bezug auf den Unterstützungsbedarf für die Umsetzung der NAP argumentierten die Industrieländer (Australien, Kanada, EU, Japan, Vereinigtes Königreich), dass die Umsetzung der NAP nicht nur eine Finanzierungsfrage sei, und lehnten die Streichung der Formulierung über die Voraussetzungen für die Umsetzung der NAP ab, die von den Entwicklungsländern gefordert wurde. Diese schlugen vor, eine alternative Formulierung aufzunehmen, die sich auf die internationale Unterstützung bezieht, mit dem Argument, dass politische Maßnahmen Kosten mit sich bringen würden und die Voraussetzungen daher von den internationale Unterstützung abhängen würden (IISD, 2025g). Schließlich wurde ein Konsens über einen NAP-Beschluss erzielt, mit dem die Bewertung der Fortschritte bei den NAPs in Belém abgeschlossen wurde. Die LDC-Expertengruppe wurde zusammen mit dem Anpassungsausschuss und dem Ständigen Ausschuss für Finanzen gebeten, einen Überblick über die Klimafinanzierungsströme und die finanzielle Unterstützung zu erstellen, die die entwickelten Länder den Entwicklungsländern für die Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Anpassungspläne gewähren. In dem Beschluss wurden die aktualisierten technischen Leitlinien für die Ausarbeitung von NAP begrüßt. Die LDC wurden aufgefordert, die Ziele der Globalen Bestandsaufnahme voranzutreiben, wonach bis 2025 die NAP vorliegen und bis 2030 Fortschritte bei ihrer Umsetzung erzielt werden sollen (UNFCCC, 2025h).

## 8 Verluste und Schäden

Im Allgemeinen fand das Thema „Verluste und Schäden" auf der COP30 weniger Beachtung als in den vorhergehenden Konferenzen in Baku und Dubai. Auf der COP29 wurde der „Fonds für Verluste und Schäden (FRLD)" vollständig operationalisiert, so dass er seine Arbeit aufnehmen konnte. Die Verhandlungen auf der COP30 konzentrierten sich in erster Linie auf die Fertigstellung der technischen Leitlinien und eine Neudefinition des Anwendungsbereichs des Fonds (UNFCCC, 2025i). Die auf der COP30 verabschiedeten Leitlinien verknüpfen den FRLD mit den auf der COP29 vereinbarten Klimafinanzierungszielen. Eine für viele Vertragsstaaten

wichtige Einigung wurde hinsichtlich des Anwendungsbereichs des Fonds erzielt, nämlich die Aufhebung der Beschränkung, dass nicht nur „besonders gefährdete“ Entwicklungsländer Zugang zu diesen Finanzmitteln haben, sondern alle Entwicklungsländer (IISD, 2025g). Die Vertragsparteien begrüßten die rasche Operationalisierung des FRLD, einschließlich der Veröffentlichung der ersten Aufforderung zur Einreichung von Finanzierungsanträgen für die Startphase (250 Millionen US-Dollar), den sogenannten Barbados Implementation Modalities (BIM), die einen Testlauf für den Fonds darstellen. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass der Fonds nach wie vor kritisch unterfinanziert sei (IISD, 2025b), da von den ursprünglich zugesagten 790 Millionen US-Dollar nur 397 Millionen US-Dollar tatsächlich eingezahlt wurden (Carbon Brief, 2025).

Weitere Ergebnisse waren die Verabschiedung des „Gemeinsamen Jahresberichts des Exekutivkomitees des Warschauer Internationalen Mechanismus (WIM) und des Santiago-Netzwerks” sowie die „Überprüfung des WIM für 2024”, über die sich die Vertragsparteien nach kontroversen Diskussionen auf der COP29 nicht einigen konnten. Auf COP30 wurde insbesondere die Forderungen, das Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs zum Klimawandel (ICJ, 2025) in dem Review zu berücksichtigen, kontrovers diskutiert. Dies wurde von einigen Vertragsparteien als ein Dokument angesehen, das längst überfällige rechtliche Klarheit hinsichtlich der Verpflichtungen der Staaten im Zusammenhang mit dem Klimawandel, einschließlich Verlusten und Schäden, schafft (IISD, 2025d). Einige Vertragsparteien (die Arabische Gruppe, LMDCs) blockierten jedoch grundsätzlich die Aufnahme des Gutachtens des IGH in den endgültigen Text der WIM-Überprüfung.

## 9 Belém Gender Action Plan

Obwohl der Belém Gender Action Plan auf der COP30 verabschiedet wurde (UNFCCC, 2025k), erfolgte seine Annahme vor dem Hintergrund einer erneuten Kontroverse um den Begriff „gender“ durch ultrakonservative und rechtspopulistische Parteien. Dies spiegelt eine breitere globale Gegenbewegung gegen liberale Werte wider, ein Trend, der bereits in früheren UNFCCC-Verhandlungen erkennbar war (Obergassel et al., 2024).

Der Auftrag zur Entwicklung und Verabschiedung eines neuen Gender-Aktionsplans ging auf die Entscheidung des Vorjahres zu Gender und Klimawandel zurück (UNFCCC, 2025d, S. 24). Ziel des Plans ist es, geschlechtergerechte Klimaschutzmaßnahmen im gesamten UNFCCC-Prozess sowie auf nationaler, subnationaler und lokaler Ebene zu stärken. Darin werden auch die besonderen Rollen und Bedürfnisse indigener Frauen und Frauen afrikanischer Herkunft betont (UNFCCC, 2025k).

Auf der Abschlusssitzung am 22. November verabschiedeten die Vertragsparteien den Belém Gender Action Plan, der einen detaillierten Umsetzungsrahmen für den Zeitraum 2026–2034 enthält. Dessen Anhang umreißt fünf Schwerpunktbereiche: 1. Kapazitätsaufbau, Wissensmanagement und Kommunikation; 2. Geschlechtergleichgewicht, Teilhabe und Führungsrolle von Frauen; 3. Kohärenz mit anderen Arbeitsbereichen der UNFCCC und nationalen oder subnationalen Gleichstellungspolitiken; 4. geschlechtergerechte Umsetzung und Umsetzungsmittel;

und 5. Überwachung und Berichterstattung von geschlechtsspezifischen Daten, einschließlich Daten zur Führungsrolle von Frauen innerhalb der UNFCCC-Prozesse.

Während die Verabschiedung des Plans die Fortsetzung der geschlechtsspezifischen Arbeit innerhalb der UNFCCC sicherstellt, waren die Verhandlungen selbst von heftigen Auseinandersetzungen über die Definition des Begriffs „gender“ und den Ausschluss anderer Themen geprägt, die von bestimmten Vertragsparteien als sensibel angesehen wurden. So lehnte beispielsweise die Arabische Gruppe Formulierungen zu reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten als „rote Linie“ ab und forderte deren Streichung, während der Iran verlangte, dass Textpassagen zur Formulierung zu “gender-responsive budgets” in Klammern gesetzt werden (IISD, 2025f).

Die Verhandlungen begannen mit einer von 92 Ländern unterstützten Erklärung der Women and Gender Constituency, in der ein „neuer ehrgeiziger und handlungsorientierter Gender-Aktionsplan“ gefordert wurde (Women and Gender Constituency, 2025). Der zentrale Streitpunkt betraf die Frage, ob der Begriff „gender“ auch transsexuelle und nicht-binäre Menschen umfasst – eine Definition, die von der Mehrheit der Vertragsparteien unterstützt wird. Eine lautstarke Minderheit, darunter Saudi-Arabien, Russland, Iran, Ägypten, Paraguay, Argentinien, der Heilige Stuhl, Indonesien und Malaysia, bestand darauf, dass „gender“ ausschließlich als biologisches Geschlecht zu verstehen sei. Diese Position wurde vom Heiligen Stuhl, der Vertretung des Vatikans in den Verhandlungen, in der Abschlusssitzung bekräftigt, in dem Pietro Parolin erklärte, dass alle geschlechtsbezogenen Begriffe ausschließlich als Bezugnahme auf „die biologische sexuelle Identität als Mann oder Frau“ interpretiert werden sollten (COP30 Brasil Amazônia, 2025, 49:00). Die Reaktion im Saal, darunter hörbare Buhrufe, zeigte, in welchem Maße die meisten Vertragsparteien diese enge Auslegung ablehnen.

Diese Meinungsverschiedenheiten traten während des gesamten Verhandlungsprozesses zum Belém-Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter unter Tagesordnungspunkt 14 wiederholt zutage. Der Entwurf vom 12. November enthielt eine Fußnote Paraguays, in der der Begriff „Geschlecht“ beanstandet wurde (UNFCCC, 2025j). In der am 14. November veröffentlichten Fassung wurden Einwände Argentiniens, Irans und des Heiligen Stuhls hinzugefügt (UNFCCC, 2025q), gefolgt von Indonesien und Malaysia im Entwurf vom 18. November (UNFCCC, 2025n). Ähnliche Streitigkeiten gab es auch in anderen Verhandlungssträngen, darunter dem Arbeitsprogramm für einen gerechten Übergang, wo Argentinien und Paraguay Fußnoten zur Klarstellung ihrer binären Interpretation des Begriffs beantragten (UNFCCC, 2025m). Als Reaktion auf diese Anfechtung durch Fußnoten betonte die EU, dass sie keine „Rückschritte” bei vereinbarten Formulierungen akzeptieren könne. Dies gilt für Fußnoten und andere Formen (IISD, 2025e).

Letztendlich wurde keine dieser Fußnoten in den verabschiedeten Text aufgenommen, obwohl der Heilige Stuhl dafür sorgte, dass seine Position im offiziellen Bericht über die Abschlusssitzung formell festgehalten wurde.

Beobachter*innenorganisationen und NGOs argumentieren, dass diese Einwände über Semantik hinausgehen und Teil einer umfassenderen Strategie sind, um Fortschritte zu verzögern und Bemühungen um Gender-Gerechtigkeit zu untergraben (Wedo, 2025). Zwar ist die Kontroverse um Gender-spezifische Sprache

im Kontext der UNFCCC nicht neu, doch wird argumentiert, dass sie an Intensität zugenommen hat. Die ehemalige irische Präsidentin Mary Robinson, heute Mitglied von The Elders, erklärte, dass die Debatte über den Begriff „gender" ein Mittel sei, um die Rechte der Frauen zurückzudrängen (Lozada et al., 2025). Dies deutet darauf hin, dass der Streit Teil einer umfassenderen Strategie ist, die darauf abzielt, menschenrechtsbasierte Formulierungen und Verpflichtungen in internationalen Klimaverhandlungen zu untergraben.

## 10 Schlussfolgerungen und Ausblick

Zusammenfassend bleibt es die bittere Wahrheit der diesjährigen COP in Belém, dass sie erneut nicht das geliefert hat, was zur wirksamen Bekämpfung des Klimawandels notwendig ist. Länder, die stark vom Einsatz fossiler Brennstoffe profitieren, wie die OPEC-Staaten sowie Russland, China und Indien, haben es erneut geschafft, konkrete Fortschritte weitgehend zu blockieren. Die Begrenzung des Klimawandels auf 1,5 °C oder zumindest 2 °C kann mit den bisher ergriffenen Maßnahmen nicht erreicht werden. Anstatt in den Notfallmodus zu wechseln und zumindest das bisher Beschlossene ernsthaft umzusetzen, werden fossile Brennstoffe in den Konferenzbeschlüssen nicht einmal erwähnt.

Offensichtlich sind die Rahmenbedingungen, die eine Einigung über den Aufruf zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in Dubai 2023 ermöglicht haben, nicht mehr gegeben: Die USA sind von einer pro- zu einer anti-Transitionshaltung umgeschwenkt, die EU ist zu schwach und unentschlossen, um die Lücke zu füllen, und China will dies nicht. Diejenigen, die gehofft hatten, China würde eine führende Rolle übernehmen, wurden enttäuscht. Obwohl das Land präsent und aktiv ist (mit der zweitgrößten Delegation), positioniert es sich weiterhin als Entwicklungsland und wiederholt seit den 1990er Jahren dieselben Narrative. Es unterstützt daher weiterhin Initiativen, die seinen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen entsprechen, ohne seine zukünftige Entwicklung einzuschränken. Gleichzeitig gab es, möglicherweise aufgrund der wachsenden Macht und des Einflusses Chinas in den meisten Ländern des Globalen Südens, keine Forderungen von gefährdeten Entwicklungsländern, dass China als größter Emittent Verantwortung übernehmen und aufgrund seines Potenzials im Bereich grüner Technologien eine Führungsrolle im Klimaschutz übernehmen solle.

Die EU hingegen war nicht in der Lage, eine internationale Führungsrolle zu übernehmen, da sie selbst kein Vorreiter im Klimaschutz ist. Die EU hat ihr NDC erst kurz vor der COP bekannt gegeben, und es ist im Vergleich zu dem, was für einen fairen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C erforderlich wäre, wenig ambitioniert. Die EU zeichnet sich auch durch eine problematische Überheblichkeit aus. Auf internationaler Ebene hat sich die EU-Delegation für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen eingesetzt, während beispielsweise Deutschland gerade beschlossen hat, bis 2031 weitere 8 GW an Gaskraftwerken zu bauen, und die EU versprochen hat, mehr Flüssiggas aus den USA zu kaufen, um ein Handelsabkommen mit der Trump-Regierung abzuschließen. Widerspenstige Staaten hatten somit reichlich Spielraum, ihr Vetorecht auszuüben.

Neben dem Konsensprinzip, das den Interessen der fossilen Brennstoffindustrie enorme Verhandlungsmacht verleiht, ist ein weiterer wichtiger Grund für das schwache Ergebnis, dass viele Länder des Globalen Südens erhebliche Unterstützung benötigen, um die Energiewende umzusetzen, sich an die Folgen des Klimawandels

anzupassen und mit den durch den Klimawandel verursachten Verlusten und Schäden umzugehen. Die reichen Länder leisten jedoch noch lange nicht die erforderliche Unterstützung, sondern haben die internationale Finanzhilfe im Jahr 2025 sogar noch gekürzt. Wie bereits im vergangenen Jahr in Baku war es daher erneut nicht möglich, eine breite Allianz zu bilden, um die Länder zu isolieren, die den Fortschritt behindern. Die Energiewende macht dennoch Fortschritte – allerdings nur auf der Grundlage von Marktdynamik und freiwilligen Maßnahmen. Sie schreitet willkürlich und in Schüben voran, nicht schnell genug, nicht in allen Ländern gleichermaßen und ohne systematische Berücksichtigung ihrer Verteilungswirkungen. Es wird weder darauf geachtet, dass niemand zurückgelassen wird, noch dass die Vorteile gerecht verteilt werden.

Die COP30 blieb hinter den ehrgeizigen Hoffnungen auf eine mutige, progressive Agenda zurück. Das Worst-Case-Szenario ist jedoch nicht eingetreten: Trotz widriger Umstände gelang es den Vertragsparteien, eine Abschlusserklärung auszuhandeln, die ihr anhaltendes Bekenntnis zum Multilateralismus bekräftigt. Die „Mutirão-Entscheidung" sieht jedoch nur freiwillige und nicht näher bezeichnete Initiativen zur Eindämmung des Klimawandels vor, wie den „Global Implementation Accelerator" oder die „Belém Mission to 1.5", deren potenzieller Beitrag zur Lösung der Klimakrise fraglich bleibt.

Enttäuschung ist auch hinsichtlich der Fortschritte bei Waldfragen auf dieser 'Rainforest COP' angebracht, da es innerhalb der UNFCCC kaum Fortschritte bei der Bewältigung dieser Probleme gegeben hat. Die brasilianische COP-Präsidentschaft zeigte sich trotz der hohen Erwartungen, die durch die Ankündigungen der Präsidenten aller drei Rio-COPs im Jahr 2023 hinsichtlich eines „coordinated approach to tackle climate change, desertification, and biodiversity loss" geweckt worden waren, wenig ambitioniert, was die weitere Integration von Maßnahmen zur Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrise angeht (Rio-COP-Präsidentschaften, 2023), trotz der Erklärungen der COP-Troika (einschließlich Brasiliens) im Sommer 2024 zu „leveraging synergies between climate and biodiversity agendas" (Troika, 2024), und trotz der Ankündigungen am Ende der COP 2024 in Baku, dass Brasilien den Themen Regenwald und Biodiversität in Belém Priorität einräumen würde (und diese sogar als 'nature COP' bezeichnete), und obwohl die brasilianische Umweltministerin Marina Silva als Verfechterin der Regenwaldthematik galt (Carbon Brief, 2025; Obergassel et al., 2024).

Der Fahrplan zur Entwaldung wurde schnell aus den Verhandlungen über die „Mutirão-Entscheidung" gestrichen, und selbst diplomatische technische Arbeiten im Rahmen der UNFCCC, wie die Einführung eines neuen Arbeitsprogramms zu Wäldern und Biodiversität, wurden nicht einmal versucht. Zwar fanden Konsultationen zu „creating a space for continuous discussions [and recommendations] to enhance cooperation among the Rio conventions" (Carbon Brief, 2025) statt, doch wurde das Thema von der derzeitigen Präsidentschaft der COP zur Desertifikation, Saudi-Arabien, unter den Tisch gekehrt und auf die SBSTA-Verhandlungen in Bonn im Sommer 2026 verschoben.

Die Zivilgesellschaft war auf der COP30 sichtbar und heterogen vertreten, wobei indigene Gruppen etwa 900 offizielle Ausweise erhielten – eine Rekordzahl (Urzedo et al., 2025). Die begrenzte Hotelkapazität und die außergewöhnlich hohen Unterkunftskosten stellten jedoch erhebliche Hindernisse für die Teilnahme dar, von denen marginalisierte Gruppen überproportional betroffen waren und die dazu beitrugen, dass einige indigene Teilnehmer aus Protest den Veranstaltungsort stürmten (Engelbrecht, 2025). Der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die formellen

Verhandlungen war weiterhin begrenzt, da sie durch interne politische Spaltungen über den Krieg in Gaza und den Einfluss der Interessenvertreter der fossilen Brennstoffindustrie eingeschränkt war. Die verschärften Sicherheitsmaßnahmen, die in der zweiten Woche nach dem Stürmen des Veranstaltungsortes eingeführt wurden, stellten insbesondere für Menschen mit Behinderungen und Delegierte aus Konfliktregionen ein Hindernis für die Teilnahme dar. Dennoch übte die Zivilgesellschaft in parallelen Räumen, darunter der People's Summit und der People's March mit 70.000 Teilnehmern (Watts & Noor, 2025), weiterhin einen bedeutenden Einfluss aus und erzielte gleichzeitig konkrete Erfolge im Rahmen des Just Transition Work Programme.

Wie das Ergebnis der Konferenz zu bewerten ist, hängt auch von den Bewertungskriterien ab. Jahrzehntelang wurde der Klimawandel meist als Gefangenendilemma betrachtet. Das heißt, man ging davon aus, dass alle Akteure ein Interesse an der Lösung des Problems haben, aber einzelne Akteure Anreize haben, ihre eigenen Beiträge so weit wie möglich zurückzuhalten. Auf dieser Grundlage haben die UN-Konferenzen jahrzehntelang versucht, auf der Grundlage abstrakter Emissionsziele eine Formel für ein „burden sharing“ zu finden, auf die sich alle Länder einigen könnten.

Es wird jedoch immer deutlicher, dass der Klimawandel eher ein Verteilungs- und Transformationsproblem ist (Aklin & Mildenberger, 2020; Colgan et al., 2021; Patt, 2017). Ein ernsthafter Klimaschutz würde zu einer erheblichen Abwertung der verbleibenden fossilen Brennstoffreserven sowie zu einer Abwertung aller Anlagen führen, die auf der Nutzung fossiler Brennstoffe basieren. Laut dem sechsten IPCC-Sachstandsbericht (IPCC, 2023) könnten bei einer Begrenzung der Erwärmung auf 2 °C etwa 80 % der Kohle-, 50 % der Gas- und 30 % der Ölreserven nicht verbrannt werden. Bei einer Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C müsste ein deutlich höherer Anteil der Reserven unverbrannt bleiben. Und die Eigentümer dieser wirtschaftlichen Vermögenswerte zielen offensichtlich darauf ab, den Klimaschutz insgesamt auf allen politischen Ebenen zu verlangsamen, nicht nur, ihre eigenen Beiträge gering zu halten. Während sich viele dieser Akteure als bedingte Kooperationspartner geben, d. h. als bereit, Maßnahmen zu ergreifen, wenn alle anderen dies ebenfalls täten, können viele eher als bedingungslose Nicht-Kooperationspartner bezeichnet werden (Aklin & Mildenberger, 2020).

Es ist daher ermutigend, dass sich die UN-Klimakonferenzen seit Glasgow 2021 zunehmend auf die spezifischen Ursachen des Klimawandels konzentrieren, insbesondere auf die Nutzung fossiler Brennstoffe, anstatt auf abstrakte Emissionsziele. Angesichts des Vetorechts der fossilen Brennstoff produzierenden Länder, des (erneuten) Rückzugs der USA, sowie der schwachen, unentschlossenen und überheblichen Haltung der EU war es wohl fast unvermeidlich, dass in Belém keine konkreten Ergebnisse erzielt werden konnten. Aber zumindest wurde auf der Konferenz die richtige Frage diskutiert, auch wenn sie nicht beantwortet werden konnte. Die Konferenz trug somit dazu bei, das Haupthindernis für den Klimaschutz aufzuzeigen, nämlich den Widerstand der etablierten emissionsintensiven Interessen.

Es erscheint daher ratsam, trotz aller Hindernisse weiterhin den Übergang weg von fossilen Brennstoffen sowie die Beendigung der Entwaldung in den Mittelpunkt der Diskussionen zu stellen. Um die ehrgeizigeren Länder zu beschwichtigen und den Einfluss der fossilen Staaten in der UNFCCC zu umgehen, hat Brasilien angekündigt, nun außerhalb des UNFCCC-Prozesses Fahrpläne für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und die Beendigung der Entwaldung zu entwickeln, was von einer

Koalition von 24 Staaten unterstützt wird, die die „Belém Declaration on the Just Transition Away from Fossil Fuels" (Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative, 2025) ins Leben gerufen hat. Kolumbien hat zusammen mit den Niederlanden angekündigt, den Prozess der Abkehr von fossilen Brennstoffen durch die Organisation einer internationalen Konferenz mit dem Titel „First International Conference on the Just Transition Away from Fossil Fuels" im April 2026 zu unterstützen.

Solche parallelen freiwilligen Prozesse zu fossilen Brennstoffen und Roadmaps zur Entwaldung müssen jedoch auch zu konkreten Maßnahmen führen. Daher ist hinsichtlich der freiwilligen Roadmaps außerhalb der UNFCCC Vorsicht geboten. Frühere freiwillige Zusagen haben ihre Versprechen nicht eingehalten. So wurden beispielsweise in der Glasgow Leaders Declaration 2021 Pläne angekündigt, den Waldverlust bis 2030 zu stoppen und umzukehren. Allerdings hat sich der Verlust an Primärwald in 17 der 20 Länder mit den größten Primärwaldflächen im Vergleich zu 2021 erhöht (Goldman et al. 2025). In ähnlicher Weise hat es auch eine Zunahme von „International Cooperative Initiatives" gegeben, von denen sich viele auf schwache Funktionen wie Wissensaustausch und Kapazitätsaufbau konzentriert haben und nur geringe Anforderungen an Transparenz und Nachverfolgung stellten (Forner & Julien Díaz, 2023; Kuramochi et al., 2024), was zu begrenzten Veränderungen vor Ort führte. Wenn solche parallelen Ansätze mehr als nur billige Tugendhaftigkeit signalisieren sollen, müssen sie deutlich gestärkt werden. Die „Roadmaps" sollten daher Potenziale, Hindernisse und mögliche Maßnahmen so konkret wie möglich benennen und durch Finanzierung und Umsetzung unterstützt werden. Progressive Länder sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um diese Roadmaps auch in den Mittelpunkt der Diskussionen auf der nächsten UN-Konferenz in der Türkei zu stellen.

Es entstehen auch neue Formen der „counter-institutionalization" (Goddard et al., 2024). Ein paralleler Ansatz, der hohe Ziele verfolgt, ist die Initiative, einen Sperrvertrag für fossile Brennstoffe zu etablieren. Diese Initiative ist eine direkte Reaktion auf die Ansicht, dass der UNFCCC-Prozess immer wieder daran scheitert, die zur Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, und zielt darauf ab, einen neuen internationalen Vertrag zu schaffen, nicht nur eine weitere Initiative mit fragwürdigem Mehrwert. Die Konferenz zum fossilen Übergang in Kolumbien zielt unter anderem darauf ab, die Diskussionen über diesen Vertrag voranzubringen. Darüber hinaus sollte insbesondere der Frage mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, wie die Blockademacht der etablierten fossilen Unternehmen überwunden werden kann. Green (2025) schlägt bspw. vor, internationale Steuer- und Investitionsabkommen zu nutzen, um ihre materielle Basis zu untergraben.

Neben den "Fahrplänen" und den Bemühungen zur Entwicklung paralleler Pfade sollten die Anstrengungen zur Abkehr von den fossilen Brennstoffen und der Beendigung der Entwaldung auch auf einem der wenigen konkreten Fortschritte von Belém aufbauen, nämlich der Vereinbarung, einen Mechanismus zur Förderung eines gerechten Übergangs zu entwickeln. Die Einbeziehung sozialer Gerechtigkeit und der Beteiligung betroffener Gruppen an der Klimapolitik ist unerlässlich, um eine größere Legitimität für tiefgreifende und rasche Emissionsreduktionen zu erreichen. Bisherige Ansätze außerhalb der UNFCCC, wie beispielsweise die Just Energy Transition Partnerships, haben soziale Gerechtigkeitsaspekte bisher nur in sehr begrenztem Umfang berücksichtigt. Innerhalb und außerhalb der UNFCCC bleibt noch viel zu tun, um einen ambitionierten und gerechten Übergang sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene zu fördern.

## Quellenverzeichnis

Aklin, M., & Mildenberger, M. (2020). Prisoners of the Wrong Dilemma: Why Distributive Conflict, Not Collective Action, Characterizes the Politics of Climate Change. Global Environmental Politics, 20(4), 4–27. https://doi.org/10.1162/glep_a_00578

Banerjee, A. (2024). Transforming the rhetoric of Just Energy Transition Partnerships into reality: The devil lies in the details. PLOS Sustainability and Transformation, 3(8), e0000121. https://doi.org/10.1371/journal.pstr.0000121

Carbon Brief. (2025). COP30: Key outcomes agreed at the UN climate talks in Belém. https://www.carbonbrief.org/cop30-key-outcomes-agreed-at-the-un-climate-talks-in-belem/

Carbon Market Watch. (2025). COP30: Attempts to dilute inadequate carbon market rules thwarted. https://carbonmarketwatch.org/2025/11/22/cop30-attempts-to-dilute-inadequate-carbon-market-rules-thwarted/

Civillini, M., & Rowling, M. (2025). What happened at COP30? No fossil fuels deal reached. Climate Home News. https://www.climatechangenews.com/2025/11/22/cop30-brazil-deal-fossil-fuel-transition-fails-triples-finance-climate-adaptation-what-happened/

Climate Action Network International. (2025). COP30 takes a hopeful step towards justice, but does not go far enough. https://climatenetwork.org/2025/11/22/cop30-takes-a-hopeful-step-towards-justice-but-does-not-go-far-enough/

Colgan, J. D., Green, J. F., & Hale, T. N. (2021). Asset Revaluation and the Existential Politics of Climate Change. International Organization, 75(2), 586–610. https://doi.org/10.1017/S0020818320000296

COP30 Brasil Amazônia. (2025). Authorities attend the COP30 closing plenary [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=eBLgXIN-_sE

COP30 Brasil. (2025a). *Action Agenda*. https://cop30.br/en/action-agenda

COP30 Brasil. (2025b). The COP of Implementation: Action Agenda Delivers Accelerated Progress on 117 Solutions, Builds Momentum for Renewed Global Vision in Belém and Beyond. https://cop30.br/en/news-about-cop30/the-cop-of-implementation-action-agenda-delivers-accelerated-progress-on-117-solutions-builds-momentum-for-renewed-global-vision-in-belem-and-beyond

COP30 President Designate. (2025a). First Letter from the Presidency. https://cop30.br/en/brazilian-presidency/letters-from-the-presidency/letter-from-the-brazilian-presidency

COP30 President Designate. (2025b). Fourth Letter from the Presidency. https://cop30.br/en/brazilian-presidency/letters-from-the-presidency/fourth-letter-from-the-presidency

Engelbrecht, P. (2025). Good Cop, Bad Cop. Center for Policy Research on Energy and the Environment (C-PREE). https://cpree.princeton.edu/news/2025/november-18th-good-cop-bad-cop

European Commission. (n.d.). Carbon Border Adjustment Mechanism. https://taxation-customs.ec.europa.eu/carbon-border-adjustment-mechanism_en

FCLP. (2025). High-Level Event on the Intergovernmental Land Tenure Commitment at COP30. https://forestclimateleaders.org/news-and-resources/high-level-event-on-the-intergovernmental-land-tenure-commitment-at-cop30/

Fraser, N. (1998). Social justice in the age of identity politics: Redistribution, recognition, participation. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-126247

Friedlingstein, P., O'Sullivan, M., Jones, M. W., Andrew, R. M., Bakker, D. C. E.Hauck, J., Landschützer, P., Le Quéré, C., Li, H., Luijkx, I. T., Peters, G. P., Peters, W., Pongratz, J., Schwingshackl, C., Sitch, S., Canadell, J. G., Ciais, P., Aas, K., Alin, S. R., … Zeng, J. (2025). Global Carbon Budget 2025. *Earth System Science Data Discussions*, 1–139. https://doi.org/10.5194/essd-2025-659

Forner, C., & Julien Díaz, M. (2023). A Review of Intergovernmental Cooperation on the Mitigation of Climate Change. World Resources Institute. https://doi.org/10.46830/wriwp.23.00002

Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative. (2025). Governments of Colombia and The Netherlands Announce Co-hosting First International Conference on the Just Transition Away from Fossil Fuels as COP30 Text Drops with No Mention of Fossil Fuels. Fossil Fuel Treaty. https://fossilfueltreaty.org/first-international-conference

Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative. (2024). Who has endorsed? The Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative. https://fossilfueltreaty.org/endorsements

Global Forest Coalition. (2025). NO to TFFF, YES to Forest Rights—Global Forest Coalition. https://globalforestcoalition.org/no-to-tfff-yes-to-forest-rights/

Goddard, S. E., Krebs, R. R., Kreuder-Sonnen, C., & Rittberger, B. (2024). Contestation in a World of Liberal Orders. Global Studies Quarterly, 4(2), ksae026. https://doi.org/10.1093/isagsq/ksae026

Goldman, E., Carter, S., & Sims, M. (2025). Fires Drove Record-breaking Tropical Forest Loss in 2024. World Resources Institute. Global Forest Review. https://gfr.wri.org/latest-analysis-deforestation-trends

Green, J. F. (2025). Global Climate Policy Is Broken. Fixating on Emissions Won't Decarbonize the World's Economy. Foreign Affairs. https://www.foreignaffairs.com/world/global-climate-policy-broken

Harvey, F. (2025). 'Fossil fuel giants finally in the crosshairs': Cop30 avoids total failure with last-ditch deal. The Guardian. https://www.theguardian.com/environment/2025/nov/25/fossil-fuel-giants-finally-in-the-crosshairs-cop30-avoids-total-failure-with-last-ditch-deal

High-Level Champions for Climate Action. (2025a). Global Climate Action Agenda at COP 30. Outcomes Report. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/COP30%20Action%20Agenda_Final%20Report.docx.pdf

High-Level Champions for Climate Action. (2025b). Global Climate Action Agenda 2026–2030: A five-year vision for accelerating implementation. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/GCAA_2026-30.pdf

ICJ. (2025). Obligations of States in Respect of Climate Change. Advisory Opinion. https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/187/187-20250723-adv-01-00-en.pdf

IISD. (2025a). Earth Negotiation Bulletin. COP 30 #2. https://enb.iisd.org/sites/default/files/2025-11/enb12879e.pdf

IISD. (2025b). Earth Negotiation Bulletin. COP 30 #3. https://enb.iisd.org/sites/default/files/2025-11/enb12880e.pdf

IISD. (2025c). Earth Negotiation Bulletin. COP 30 #4. https://enb.iisd.org/sites/default/files/2025-11/enb12881e.pdf

IISD. (2025d). Earth Negotiation Bulletin. COP 30 #5. https://enb.iisd.org/sites/default/files/2025-11/enb12882e_0.pdf

IISD. (2025e). Earth Negotiation Bulletin. COP 30 #6. https://enb.iisd.org/sites/default/files/2025-11/enb12883e.pdf

IISD. (2025f). Earth Negotiation Bulletin. COP 30 #7. https://enb.iisd.org/sites/default/files/2025-11/enb12884e.pdf

IISD. (2025g). Earth Negotiation Bulletin. COP 30 #8. https://enb.iisd.org/sites/default/files/2025-11/enb12885e.pdf

IISD. (2025h). Summary of the 2025 Belém Climate Change Conference: 10-22 November 2025. Earth Negotiations Bulletin. https://enb.iisd.org/sites/default/files/2025-11/enb12888e.pdf

International Tribunal For The Law of the Sea, Case No.31, Advisory Opinion as of 21 May 2024: https://www.itlos.org/fileadmin/itlos/documents/cases/31/Advisory_Opinion/C31_Adv_Op_21.05.2024_orig.pdf

Inter-American Court of Human Rights, Advisory Opinion AO-32/25 of May 29, 2025: https://www.corteidh.or.cr/docs/opiniones/seriea_32_en.pdf

International Court of Justice, Advisory Opinion as of 23 July 2025: https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/187/187-20250723-adv-01-00-en.pdf

IPCC. (2023). Synthesis Report of the IPCC Sixth Assessment Report (AR6), Longer Report. https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-cycle/

Kuehl, J. (2025). Just Transition Work Programme in 2025: Unpacking the progress made in Bonn. Just Energy Transition in Coal Regions Knowledge Hub. https://www.jetknowledge.org/news/just-transition-work-programme-2025-unpacking-progress-made-in-bonn/

Kuramochi, T., Deneault, A., Chan, S., Smit, S., & Pelekh, N. (2024). Supporting the Paris Agreement through international cooperation: Potential contributions, institutional robustness, and progress of Glasgow climate initiatives. Npj Climate Action, 3(1), 31. https://doi.org/10.1038/s44168-024-00106-4

Lozada, S.R., Chloé Farand, Mariel. (2025). COP30 Bulletin Day 9: Belém package elusive as Lula steals the show. Climate Home News. https://www.climatechangenews.com/2025/11/19/cop30-bulletin-day-9-china-and-russia-push-back-on-critical-minerals-mention-in-draft-text/

Lula, L. I. (2025). Speech by President Lula at the Opening of COP30, in Belém (PA). Government Speeches and Statements. https://www.gov.br/planalto/en/follow-the-government/speeches-statements/2025/11/speech-by-president-lula-at-the-opening-of-cop30-in-belem-pa/

McCauley, D., & Heffron, R. (2018). Just transition: Integrating climate, energy and environmental justice. Energy Policy, 119, 1–7. https://doi.org/10.1016/j.enpol.2018.04.014

N.A. (2025). Technical report on indicators for measuring progress achieved towards the targets referred to in paragraphs 9–10 of Decision 2/CMA.5 . https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Technical Report by the Expert Group on Indicators for the GGA targets 2025.pdf.

Obergassel, W., Arens, C., Beuermann, C., Brandemann, V., Els, C., Höhne, C., Kreibich, N., Ott, H. E., Schell, J., & Schulze-Steinen, M. (2024). Not a 'Gift from God': Disappointing Results from Baku 2024 Climate Conference and Calls for COP Reform. Carbon & Climate Law Review, 18(4), 179–194. https://doi.org/10.21552/cclr/2024/4/4

Obergassel, W., Arens, C., Beuermann, C., Elsner, C., Hermwille, L., Kreibich, N., Ott, H. E., & Schulze-Steinen, M. (2023). Through The Desert Towards Fresh Water—Or Just A Fata Morgana? An Assessment of COP28 in Dubai. Carbon & Climate Law Review, 17(4), 195–206. https://doi.org/10.21552/cclr/2023/4/4

Parolin, L., & Varin, C. (2025). Cop: 80 nations back roadmap on shift from fossil fuels | Latest Market News. https://www.argusmedia.com/en/news-and-insights/latest-market-news/2755626-cop-80-nations-back-roadmap-on-shift-from-fossil-fuels

Patt, A. (2017). Beyond the tragedy of the commons: Reframing effective climate change governance. Energy Research & Social Science, 34, 1–3. https://doi.org/10.1016/j.erss.2017.05.023

Rio COP Presidencies. (2023). COP Presidents' United Statement For Climate COP28 UAE. https://www.cbd.int/article/cop-presidents-statement-climatecop28-2023

SBSTA, & SBI. (2025). Draft Conclusions on SBSTA agenda item 8 / SBI 62 agenda item 8 United Arab Emirates just transition work programme. Version 25/6/2025 11:30. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/JTWP_dt_sb62_01.pdf F

TESS. (2023). Making a Border Carbon Adjustment Mechanism Work for Climate, Trade, and Equity. https://tessforum.org/latest/making-a-border-carbon-adjustment-mechanism-work-for-climate-trade-and-equity

TFFF. (2025). Tropical Forest Forever Facility. https://tfff.earth/

Troika. (2024). Troika Second Letter to Parties. https://kleinmanenergy.upenn.edu/wp-content/uploads/2024/07/Troika-Second-Letter-to-Parties_Jul-2024.pdf

UNEP. (2025). Adaptation Gap Report 2025: Running on empty. The world is gearing up for climate resilience — without the money to get there [Neufeldt, H., Hammill, A., Leiter, T., Magnan, A., Watkiss, P., Bakhtiari, F., Bueno Rubial, P., Butera, B., Canales, N., Chapagain, D., Christiansen, L., Dale, T., Milford, F., Niles, K., Njuguna, L., Pauw, P., Singh, C. and Yang, G. Nairobi. https://wedocs.unep.org/20.500.11822/48798.

UNFCCC. (2021). Decision 1/CMA.3 Glasgow Climate Pact. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma2021_10_add1_adv.pdf

UNFCCC. (2023). Decision 1/CMA.5, Outcome of the first global stocktake. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/1_CMA.5.pdf

UNFCCC. (2024a). Decision 4/CMA.6 Matters relating to cooperative approaches referred to in Article 6, paragraph 2, of the Paris Agreement— FCCC/PA/CMA/2024/17/Add.1. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma2024_17a01_adv.pdf

UNFCCC. (2024b). 'Glasgow–Sharm El-Sheikh Work Programme on the Global Goal on Adaptation Referred to in Decision 7/CMA.3' https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma5_auv_8a_gga.pdf

UNFCCC. (2024c) 'Matters Relating to Adaptation Proposal by the President Draft Decision -/CMA.6 Global Goal on Adaptation FCCC/PA/CMA/2024/L.20'. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma2024_L20E.pdf

UNFCCC. (2025a). Article 6.2 Ambition Dialogue. https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/article-6/article-62/article-62-ambition-dialogue

UNFCCC. (2025b). Decision -/CMA.7 Further guidance for the mechanism established by Article 6, paragraph 4, of the Paris Agreement. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma7_15b_A6.4_auv.pdf

UNFCCC. (2025c). Decision -/CMA.7—Implementation of the guidance on cooperative approaches referred to in Article 6, paragraph 2, of the Paris Agreement. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma7_15a_Art6.2_AUV.pdf

UNFCCC. (2025d). Decision 7/CP.29. Gender and climate change. FCCC/CP/2024/11/Add.1. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cp2024_11a01E.pdf

UNFCCC. (2025e). Draft decision -/CMA.7 Global Mutirão: Uniting humanity in a global mobilization against climate change. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma2025_L24_adv.pdf

UNFCCC. (2025f). Draft decision -/CMA.7 Matters related to the global stocktake. Proposal by the President. https://unfccc.int/documents/655077

UNFCCC. (2025g). Draft Decision -/CMA.7. Matters Relating to Adaptation. Global Goal on Adaptation. Advance Version. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma2025_L25_adv.pdf.

UNFCCC. (2025h). Draft decision -/CP.30. Matters Relating to Adaptation. National adaptation plans. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cp2025_L19_adv.pdf

UNFCCC. (2025i). Draft decision -/CP.30. Report of the Fund for responding to Loss and Damage and guidance to the Fund for responding to Loss and Damage. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/FRLD_cop30_3.pdf.

UNFCCC. (2025j). DRAFT TEXT on SBI 63 agenda item 18. Gender and climate change. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Gender_cop30_1c.pdf

UNFCCC (2025k): Gender and climate change. Proposal by the President, Draft decision -/CP.30. Belém gender action plan. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cp2025_L16adv.pdf

UNFCCC. (2025l). Implementation of the guidance on cooperative approaches referred to in Article 6, paragraph 2, of the Paris Agreement. Annual report by the secretariat. FCCC/PA/CMA/2025/INF.1. https://unfccc.int/documents/651859

UNFCCC. (2025m). INFORMAL NOTE on CMA 7 agenda item 5. United Arab Emirates just transition work programme. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/UAE_JTWP_cop30_.pdf

UNFCCC. (2025n). Note prepared by the co-facilitators on behalf of the Presidency on COP agenda item 14. Gender and climate change. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Gender_cop30_2.pdf

UNFCCC. (2025o). Report on the Baku to Belém Roadmap to 1.3T. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Relatorio_Roadmap_COP29_COP30_EN_final.pdf

UNFCCC. (2025p). United Arab Emirates just transition work programme. Proposal by the President. Draft decision -/CMA.7. FCCC/PA/CMA/2025/L.14. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma2025L_L14_adv.pdf

UNFCCC. (2025q). DRAFT TEXT on SBI 63 agenda item 18. Gender and climate change. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Gender_cop30.pdf

UNFCCC Secretariat. (2025). Nationally Determined Contributions Synthesis Report – Update. UNFCCC. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/message_to_parties_and_observers_ndc_synthesis_report_update.pdf

Urzedo, D., Tester, O., & Leeuwen, S. van. (2025). Finally, Indigenous peoples have an influential voice at COP30. They're speaking loud and clear. The Conversation. https://doi.org/10.64628/AA.m9gt3urxt

Wang, X., & Lo, K. (2021). Just transition: A conceptual review. Energy Research & Social Science, 82, 102291. https://doi.org/10.1016/j.erss.2021.102291

Watts, J., & Noor, D. (2025). Thousands hit streets of Belém to call for action during crucial Cop30 summit. *The Guardian*. https://www.theguardian.com/environment/2025/nov/15/thousands-hit-streets-of-belem-to-call-for-action-during-crucial-cop30-summit

Wedo. (2025). Delivering a Gender Action Plan at COP30 – Current State of play. https://wedo.org/wp-content/uploads/2025/11/Media-Advisory-Nov-14_-COP30-2.pdf

Weise, Z., & Mathiesen, K. (2025). How the EU banished its climate demons and salvaged a weak COP30 deal. POLITICO. https://www.politico.eu/article/how-eu-banished-climate-demons-salvaged-weak-cop30-deal/

WMO. (2025). State of the Climate Update for COP30. Geneva: WMO. https://library.wmo.int/idurl/4/69674.

Women and Gender Constituency (WGC). (2025). Global Statement on Gender Equality and Climate Action at COP30. https://womenenderclimate.org/wp-content/uploads/2025/11/Global-Statement-on-Gender-Equality-and-Climate-Action_final-1.pdf #

World Resources Institute. (2025). Beyond the Headlines: COP30's Outcomes and Disappointments. https://www.wri.org/insights/cop30-outcomes-next-s